Nr. 88. Halle a. S., Mittwoch den 16. April 1902 13. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1,80 Mk. Einzelnummer frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1,65 Mk. exkl. Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bezieh-bar, kostet monatlich 10 Pf. vierteljährlich 30 Pfg.

Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion: Geiststr 21. Hof 2 Tr — Expedition: Geiststr. 21. Hof part. r

Insertionsgebühr: beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Vereins-, Partei- u. Gewerkschaftsversammlungs-Anzeigen 10 Pfg. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.

Inserate für die tägliche Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungs-Liste unter Nr. 7805

Partikularismus und Eisenbahnen.

In seiner dieswöchentlichen Korrespondenz bespricht Genosse Parvus ein Vorkommnis in der sozialdemokratischen Landtagsfraktion Badens, das von grundsätzlicher Bedeutung ist. Es handelt sich um die Auslieferung der badischen Main-Neckarbahn an Preußen. Der Landtag stimmte dem Vertrage zu, indem der süddeutsche Partikularismus mutig vor Preußen zurückwich.

Selbstverständlich that man wiederum so, als wenn die Sache ganz harmlos wäre. Hörte man erst die Herrn vom badenser Zentrum, bei denen die Entscheidung lag, so mußte man annehmen, daß nicht Baden ein Recht an Preußen übergiebt sondern umgekehrt. Weniger zurückhaltend waren die Nationalliberalen, deren Redner offen ihren großpreußischen Standpunkt zu erkennen gaben. Wenig beneidenswert war die Lage des Freisinns und der Volkspartei. Für den Vertrag stimmen konnten sie nicht gut, aber zur Unterstützung dieser Abstimmung wußten sie nichts als einen ohnmächtigen Groll gegen Preußen aufzuführen.

Ganz anders fundiert war die Stellungnahme der Sozialdemokratie, wie sie Genosse Eichhorn begründet hatte. Darnach stellt sich unsere Partei auf den Standpunkt der Zentralisation des deutschen Eisenbahnsystems, aber nicht im Sinne der Verpreußung der Eisenbahnen, sondern in der Gestalt der Uebernahme des gesamten Eisenbahnwesens auf das Reich, der Reichseisenbahnen. Gegen die Verpreußung der Eisenbahnen ist sie, nicht weil ihr die partikularistische Schlamperei der Kleinstaaten ans Herz gewachsen sei, sondern weil Preußen ein bestimmtes System bedeute: nämlich fiskalische Auspressung der Eisenbahnen und politische Knebelung der Eisenbahnbeamten. Wäre Preußen anders, wäre es nicht die reaktionäre Gewalt, die es ist, so würde unsere Partei keinen Augenblick zögern, ihm die Eisenbahnen anzuvertrauen. So aber kann es unsere Aufgabe nicht sein, das preußische System zu verallgemeinern, sondern vielmehr nur, dieses durch seine Einfügung in eine höhere Allgemeinheit, in das System der Reichseisenbahnen, zu reformieren. Von diesem Gesichtspunkte aus gewinnt auch die Idee einer süddeutschen Eisenbahngemeinschaft eine andere Bedeutung, nämlich jene der Erleichterung der späteren Konsolidierung sämtlicher Eisenbahnen zu einem Reichssystem. Deshalb bleibt freilich dieser Gedanke noch immer eine Illusion, zieht man den Charakter der süddeutschen Regierungen und ihre geschichtlich gewordene Politik in Betracht. Sie fürchten Preußen und fürchten das Reich, und weil sie erst im Reich aufgehen müßten, um es Preußen entgegenzusetzen, so scheuen sie das, halten zurück, zögern, zaudern, bis eine Situation entsteht, wo, wie jetzt gerade bei der Main-Neckarbahn, die Verhältnisse selbst eine Lösung aufzwingen, die selbstverständlich zu gunsten des Stärkeren, also Preußens ausfällt. So haben sie schließlich immer nur gearbeitet pour le roi des Prusses!

Während Genosse Eichhorn aus diesen Gründen gegen die Vorlage stimmte, stimmte ein anderes Mitglied unserer badischen Landtagsfraktion, Genosse Fendrich, für die Vorlage. Seine Begründung lautete, nach dem Bericht der Frankfurter Zeitung, wie folgt: „Fendrich erklärt, daß auf dem Gebiete der Verkehrspolitik die Sozialdemokratie kein bindendes Programm besitze. Sein Fraktionsgenosse Eichhorn gehe von der falschen Voraussetzung aus, als ob durch diesen Vertrag Preußen den Schlüssel zu den badischen Bahnen erhalte. Das sei aber nicht wahr, und Frühauf (Freis.) schätzt gegenüber etwaigen Gelüsten Preußens den badischen Landtag doch gar zu gering. Er stimme für den Vertrag, dessen Vorteile nicht abzustreiten seien." Das ist vor allem die gleiche Vogelstraußpolitik, wie sie das Zentrum trieb. Auf den Landtag stützt Fendrich seine Zuversicht, und das in dem Augenblick, wo dieser Landtag eine Verkehrsader, die nicht nur für Baden sondern für ganz Süddeutschland von der größten Bedeutung ist, an Preußen ausliefert! Sodann ist es die Kapitulation vor den „klingenden Beweisen", weil der allgemeine Standpunkt fehlt, von dem aus Besseres, als die Vereinigung mit Preußen, vorgeschlagen werden könnte: die Reichseisenbahnen.

Nicht richtig ist es, daß die Sozialdemokratie kein Programm der Verkehrspolitik besitze. In Mainz wurden sehr bindende Beschlüsse gefaßt: die Partei erklärte sich für die Reichseisenbahnen und gegen den preußischen fiskalischen Eisenbahnbetrieb. Allerdings schlug damals Gen. Vollmar vor, die Forderung der Reichseisenbahnen zu streichen, allein er drang eben damit nicht durch. Und auch der Verstoß, den die süddeutschen Landtagsabgeordneten durch ihr Manifest gegen jene Beschlüsse begangen haben, sanktioniert selbstverständlich nicht ihre weitere Verletzung. Eigentlich giebt es also sogar zwei Verkehrsprogramme: das Mainzer und das süddeutsche. Wohin dieses letztere führt, zeigt uns der Fall Fendrich: indem man die Reichseisenbahnen beiseite läßt, gelangt man unfehlbar dazu, die Verpreußung der Eisenbahnen zu fördern, die man bekämpfen will. Das ist eine naturnotwendige Konsequenz; sie ist denn auch von mir bereits in meiner Kritik des süddeutschen Manifestes vorausgesagt worden. Aber daß der Opportunismus sich so schnell selbst ad absurdum führen wird, habe ich allerdings nicht erwartet.

Seit Jahren ist es nicht mehr vorgekommen, daß unsere Partei in einer so wichtigen Angelegenheit getrennt abstimmt. Wen trifft jetzt die Schuld? Niemand sonst als den Opportunismus, der sich jedes bindenden Programms entledigen zu müssen glaubt, um praktische, „positive" Arbeit zu leisten, aber ohne leitende Grundsätze nur ein steuerloses Wrack bildet, das von den Wogen hin und her geschleudert wird. Der Opportunismus bedeutet nicht bloß theoretische Zerfahrenheit, vielmehr muß diese über kurz oder lang auch die Einheitlichkeit der Parteiaktion beeinträchtigen. Dieser Fall ist bereits, wie die Abstimmung im badischen Landtag zeigt, eingetreten. Wohin das führt, zeigt uns Frankreich. Die Einheitlichkeit der Aktion ist das kostbarste Gut der deutschen Sozialdemokratie, das mit allen Mitteln gewahrt werden muß. Jetzt zeigen die Thatsachen — und wir haben es kommen sehen —, daß man, indem man um des lieben Friedens willen an den Opportunismus Konzessionen machte, ein Ferment schuf, das die Partei zersetzte.

Caveant consules! Der Opportunismus, der erst die Spitzen anfaulte, frißt bereits am Knochengerüst der Partei, an der Organisation.

Tagesgeschichte.

Halle, 15. April.

Preußischer Landtag.

Im Abgeordnetenhause wurde am Sonnabend zunächst der Gesetzentwurf betr. die Erweiterung des Ruhrorter Hafens der Budgetkommission überwiesen. Dann wurde die Beratung des Eisenbahnetats fortgesetzt. Die Generaldebatte wurde zu Ende gebracht. Es war in der Hauptsache eine Diskussion über die soziale Behandlung der unteren Beamten und Eisenbahnarbeiter. Abg. Goldschmidt von der Freisinnigen Volkspartei brachte verschiedene Beschwerden dieser Arbeiter und Beamten zur Sprache. Er bemängelte den sogenannten Sparerlaß des Ministers, der die Wirkung gehabt hat, daß in den meisten Eisenbahndirektionsbezirken starke Lohnreduktionen vorgenommen worden sind. Auch auf den vielfach noch viel zu anstrengenden Nachtdiensten wies der Redner hin. Eingehend beschäftigte er sich mit der Art, wie vom Minister die Zugehörigkeit zu dem „reichstreuen" allgemeinen Verein der Eisenbahnbeamten und Arbeiter durch Gewährung von Remunerationen belohnt wird. Herr Herr v. Thielen antwortete ausführlich. Er mußte Lohnreduktionen zugeben, bestritt nur den vom Abg. Goldschmidt behaupteten Umfang.

Die Remunerationen für die Vereinsthätigkeit suchte der Minister damit zu begründen, daß sich der Verein, in dem der Eisenbahnpräsident bis zum letzten Bahnwärter Mitglied sein kann, ein Bollwerk gegen die Sozialdemokratie darstelle. Die Sozialdemokratie wächst trotz diesem Bollwerk immer weiter und Herr Thielen weiß sicher recht gut, daß bei den Reichstagswahlen von seinen Unterbeamten und Arbeitern eine Menge sozialdemokratischer Stimmzettel abgegeben werden. Unter diesen „verkappten Sozialdemokraten" sind sicher auch viele Mitglieder des „reichstreuen Vereins". Das einzige, was aus der Remuneration großgezogen wird, ist Gesinnungsheuchelei. Für derartige Reflexionen ist aber Herr v. Thielen nicht zugänglich. Vor den Konservativen und auch vom Zentrum wurde die Wirksamkeit des Vereins auch als durchaus segensreich anerkannt.

Zu erwähnen ist aus der allgemeinen Debatte noch, daß der Zentrumsabgeordnete v. Savigny den Minister hat, die im Altenbekener Prozeß verurteilten Beamten der königlichen Gnade zu empfehlen. Im übrigen wurden Lokalwünsche vorgebracht, die sich in der nun beginnenden Spezialdiskussion noch häuften. Besonders die schlesischen Abgeordneten, von denen nicht weniger als acht nach einander sprachen, thaten sich in zahlreichen Eisenbahnwünschen hervor.

Am Montag wird die Beratung fortgesetzt.

Am Montag wurde mit der Spezialberatung des Eisenbahnetats fortgefahren. Es machte sich die ödeste Kirchturmpolitik in unangenehmer Weise breit. Alle diejenigen Abgeordneten, deren Namen sonst „kein Lied, kein Heldenbuch" feiert, fühlen das Bedürfnis, ihren Wählern bei dieser Gelegenheit schwarz auf weiß durch das amtliche Stenogramm zu beweisen, daß sie sich der Kreis- und Ortsinteressen in „wärmster Weise" angenommen haben. Jede Stadt will ihren Schnellzug haben. Die Regierungsvertreter erwidern ausweichend und nichtssagend, und dann hat die liebe Seele wieder auf ein Jahr Ruhe. Es ist der parlamentarische Kretinismus in seiner reinsten Form. Zwischendurch werden auch Titelfragen mit großem Eifer erörtert; so vertiefte sich der Zentrumsabgeordnete Schmidt-Warburg in das Problem, ob der neugeschaffene Titel: Baudirektor, an Stelle des Titels Regierungs,

---

16] (Nachdr. verb.)

Um die Freiheit.

Geschichtlicher Roman aus dem Deutschen Bauernkrieg 1525

von Robert Schweichel.

Kripin Wölffl war jedoch nicht allein ein Handelsmann, sondern auch eine lebende Zeitung. Er wußte von allen Hochzeiten, Kindtaufen und Sterbefällen und was sonst Bemerkenswertes in den Flecken und Dörfern, auf den Edelhöfen, in Rothenburg und in Würzburg sich ereignet hatte. Auch übernahm er Aufträge und mündliche und schriftliche Bestellungen von Ort zu Ort. Daß er unterwegs ausgeraubt worden wäre, hatte man noch nie gehört. Es hieß, daß er dem berüchtigten Freibeuter Konz Wirth auf der Halden, dem die Bauern allerwärts gegen die blinde Gerechtigkeit Vorschub leisteten und Unterschlupf gewährten, ein Schutzgeld zahle. Es war eine Steuer mehr zu den endlosen Brücken- und Wegzöllen, die Handel und Wandel beschwerten.

Kaum hielt er mit seinem Wagen bei der Linde, so wurde er von den Dörflern umringt. Der in mittleren Jahren stehende Mann, dessen Gesicht Wind und Wetter gebeizt hatten, schüttelte vielen die Hand. Munter rief er, während er die Pferde abstränge, ihnen die Gebißstangen aus den Mäulern nahm und das Zaumzeug über die Hälse schob: „Nur immer 'ran, Leutlen! Ich guck's Euch an den Augen ab, daß Euch die Batzen aus dem Sack wollen. Für Euch Maidelin insbesondre habe ich ganz was Blitzfunkelnagelneues: Fürtüchler von der Bamberger Messe."

„Ne, Wölffl," bemerkte Wendel Haim, „Ihr werdet schwerlich einen reichen Fischzug thun, die Zeiten sind gar zu schlecht."

„Und sind sie heute schlecht, so werden sie morgen besser sein," antwortete der Hausierer unentmutigt, und begann den Plan an der einen Seite des Wagens zurückzuschlagen. „Die Welt ist halt rund, und was heut' unten ist, das ist morgen oben."

„Ihr sollet recht behalten," rief Simon Neusser, der eben dazu gekommen war, nachdrücklich. „Woher des Wegs itzo?"

„Von Endsee, wo ich die Nacht gelegen," antwortete Wölffl.

„Und was Neues dort?" wurde gefragt.

„Nix Besundres," versetzte er. „Denn das werdet Ihr ja wissen, daß es dort diese Nacht brennt hat. Ihr müsset ja den Gleisch am Himmel gesehen haben. Droben im Schloß war's. Die vollen Zehntenscheuern sind in Feuer aufgegangen."

Die Leuten standen erstaunt und betroffen. Frau Wieland rief schadenfroh, indem sie mit der rechten Faust in die linke Handfläche schlug: „Der alte Herrgott lebt noch!"

Vater Martin verwies es ihr: „Schwätzet nit so ungescheit. Jetzt werden wir den Zehnten noch einmal entrichten müssen. — Aber wie hat denn Feuer in den Scheuern auskommen können? Es hat doch keiner dort mit Licht was zu thun."

„Freilich nit," pflichtete der Hausierer ihm bei, der einsah, daß er erst die Neugierde befriedigen müßte, bevor an ein Geschäft zu denken war. „Es scheint halt, als ob in die Zehntenscheuern überhaupt eine absonderliche Hitze gefahren ist. Die Nürnberger und die Bamberger haben's auch erlebt, daß ihre Zehntenscheuern sind in Asche gelegt worden."

„Also angelegt war's?" fragte Simon mit durchdringenden Blicken, und der zweite Dorfmeister fragte: „Wer soll's denn gethan haben?"

Wölffl zuckte mit den Schultern. „Der Bischof von Bamberg hat 50 Gulden ausgeboten, wer ihm die Brandstifter anzeigen könnte," sagte er. „Bis zur Stund' hat keiner Laut gegeben. Gesehen hat auch in Endsee den Brandstifter keiner. Wie der Türmer Lärm gemacht hat — nach Mitternacht ist's gewesen —, da brannte es in den Scheuern inwendig schon lichterloh und war an kein Löschen mehr zu denken. Nu, gestern morgen ist die Frau von dem Konz Hart oben gewesen mit ihren beiden kleinen Kindern aus der zweiten Ehe und hat den gestrengen Herrn Schultheißen himmelhoch gebeten, daß ihr Mann auf der Hofstell' hier bleiben könnte, oder daß er in eine andere eingewiesen würde. Er hat's abgeschlagen, weil keine frei sei, hat sie nachher im Dorf unten erzählt."

„Der Konz?" zitterte und murmelte es erschreckt über die Lippen seiner Zuhörer.

„Er hat sich gerächt!" rief Paul Ickelsamer aus voller Brust. „Als wie ein Feigling!" fuhr Wendel Haim ihn zornig an.

„Auge um Auge, Zahn um Zahn," triumphierte die Frau des Schmiedes gegen diesen.

„Gesehen hat den Konz keiner," sagte Krispin Wölffl. „Und kriegen werden sie ihn schwerlich, wenn er's war. Die Knechte des Zentamts sind seit dem frühen Morgen auf der Streife nach ihm. Gefunden haben sie ihn noch nicht, als ich vom Endsee fortmachte, aber —"

„Nu?" „Aber?" fragten die Leute gespannt, da er abbrach.

„Aber die Frau haben sie gefunden samt ihren beiden kleinen Kindlein," fuhr der Hausierer zögernd fort.

„Daß sich Gott erbarm'!" rief Simon mitleidig, und andere wiederholten die Worte.

„Ja, ja, er hat sich ihrer erbarmt," sagte Wölffl, als ob ihm die Worte nicht aus der Kehle wollten, und er rückte an seiner Pelzmütze hin und her. „Just, wie ich meine Mähren anschirrte, brachten sie sie — alle drei — tot — aus dem See."

Seine Zuhörer waren tief erschüttert. Die Männer standen stumm, während die Frauen ihrem Gefühl durch Ausrufe des Entsetzens und durch Thränen Luft machten. Es schien, als ob die Männer aus Furcht, ihre geheimsten Gedanken zu verraten, einander anzusehen sich scheuten.

„Und hier, unter dieser Linde hat uns neulich der Prädikant unseren von Gott ausgestellten Freibrief ausgelegt, den keine Menschenhand zerreißt," erhob Simon mahnend seine Stimme.

Wendel Haim entfernte sich. Simon folgte ihm.

„Feig schlitzt Du dem Konz sein Thun?" fragte ihn Simon mit gedämpfter Stimme. Wendel Haim sah sich unruhig um. „Feig?" wiederholte Simon. „Er war ein einzelner gegen die Gewalt, die ihn zur Verzweiflung trieb. Aber wie heißest Du es alsdann, wenn wir, anstatt mitjammen unseren Plackern offen die Stirn zu bieten, uns mit Schafsgeduld den Fuß auf den Nacken setzen lassen? Wie die Bienen sammelt unser Fleiß in die Zehntenscheuern und wir dulden's, daß die Herren den Honig verzehren."

„Man kann mit dem Kopf halt nicht durch die Wand rennen," verteidigte sich Wendel Haim. „Haben's doch die armen Leut' hier und dorten schon versucht, sich mit Gewalt wider die Herren zu setzen. Es hat nimmer gelingen wollen. Wurd' ihr Vornehmen nicht schon vor der Zeit verraten, war doch den Pfaffen das Beichtgeheimnis nicht heilig, so wurd's in Blut erstickt. Ich trau keinem."

Simon ließ sich jedoch nicht entmutigen. Er wollte lieber mit dem Schwert in der Hand erschlagen liegen, als das Joch der Knechtschaft weiter schleppen. Während Wölffl auf seiner

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020416-11/fragment/page=0001

baumeister getreten ist, nicht etwa in seiner verkürzten Form in der Gesellschaft zur Verwechselung mit anderen Inspektortiteln, z. B. mit dem ehrenwerten Berufe eines Kirchhofinspektors führen kann. Am wenigsten wurde natürlich über Arbeiterfragen gesprochen. Nur die freisinnigen Abgeordneten Crüger, Oeser und Goldschmidt nahmen sich einzelner Kategorien der Eisenbahnarbeiter und unteren Beamten an und traten für ihre Besserstellung ein.

Die Weiterberatung wurde schließlich auf eine Abendsitzung vertagt.

Regelung der Kinderarbeit.

Wie bereits in der vorletzten Nummer unseres Blattes mitgeteilt wurde, ist der vom Bundesrat genehmigte Gesetzentwurf betreffend die Regelung der Kinderarbeit nunmehr im Wortlaut veröffentlicht. Er zerfällt in der Hauptsache in zwei Teile, dem, der die Arbeit fremder Kinder regelt und dem, der Vorschriften über die Beschäftigung eigner Kinder enthält. Fremde Kinder sollen künftig auf Bauten in Ziegeleien, Brüchen und Gruben sowie einer Anzahl namhaft gemachter Betriebe, die bisher einer Beschränkung der Kinderarbeit nicht unterworfen waren, nicht beschäftigt werden. Unter Kinder im Sinne des Gesetzes versteht man solche unter 13 Jahren, soweit sie nicht zum Besuch der Schule bis zum 14. Jahre verpflichtet sind. Verboten ist die Beschäftigung bei Schaustellungen, soweit nicht ein höheres künstlerisches Interesse obwaltet. Im Betriebe von Gastwirtschaften dürfen Kinder unter 12 Jahren nicht beschäftigt werden. Zum Austragen von Waren und zu Botengängen für bestimmte Betriebe dürfen Kinder unter 10 Jahren nicht beschäftigt werden. Kinder über 10 Jahr dürfen 4 Stunden täglich solchem Erwerb nachgehen. Für die ersten 5 Jahre sind Ausnahmen zulässig. Am Sonntage darf die Beschäftigung 2 Stunden nicht überschreiten, soweit sie nicht in bestimmten Gewerbebetrieben überhaupt verboten ist. Die Beschäftigung der Kinder muß vom Gewerbe-Unternehmer der Polizeibehörde angezeigt werden und sollen die Kinder ähnlich den Arbeitsbüchern Arbeitskarten erhalten.

Die Beschäftigung eigner Kinder ist in solchen Betrieben verboten, die Maschineneinrichtungen aufweisen. Im Handelsgewerbe und in Verkehrsgewerben dürfen eigne Kinder unter zehn Jahren überhaupt nicht, eigne Kinder über zehn Jahre nicht in der Zeit zwischen 8 Uhr abends und 8 Uhr morgens beschäftigt werden. — Eigne Kinder unter zwölf Jahren dürfen in der Wohnung oder Werkstätte des Vaters, Pflegevaters für dritte nicht beschäftigt werden. — An Sonn- und Festtagen dürfen auch eigne Kinder im Betriebe von Werkstätten und im Handelsgewerbe nicht beschäftigt werden. Die Beschäftigung eigner Kinder im Betriebe von Gast- und Schankwirtschaften ist gestattet. — Durch Polizei-Verordnungen der zum Erlasse solcher berechtigten Behörden kann die Beschäftigung beschränkt werden. Auch kann die Beschäftigung von Knaben unter zwölf Jahren und die Beschäftigung von Mädchen bei der Bedienung der Gäste verboten werden.

Im übrigen ist die Ausführung von Botengängen und Austragen von Waren den eignen Kindern gestattet. Eine kritische Besprechung des Gesetzentwurfs behalten wir uns vor.

Zeitungen als Steuerobjekte.

Die Berliner Veranlagungskommission hat jetzt wieder den Versuch gemacht, den Namen der Zeitung — unbeschadet der Erträge, welche sie liefert — als Vermögensobjekt zu betrachten und die Verleger somit für dieses Vermögen zur Ergänzungssteuer veranlagt. — Unter diesem Gesichtspunkt könnte jede Firma von Ruf für den Besitz der Firma zur Vermögenssteuer herangezogen werden! Dieser völlig ungerechtfertigte Versuch, den Zeitungsverlag schärfer zu belasten, ist vor einiger Zeit schon einmal gemacht worden, doch ohne Erfolg. Auf den hiergegen eingelegten und durch alle Instanzen geführten Rekurs wurde die Steuerbehörde mit ihren Ansprüchen abgewiesen.

Zur Absetzung reif.

In Brandenburg hat der Pfarrer Graue von der Kanzel herab unser dortiges Parteiorgan in Schutz genommen. Der Redakteur der Brandenburger Zeitung war wegen eines Weihnachtsartikels zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt worden. Das Gericht hatte — unerfindlicherweise — in dem Artikel eine Gotteslästerung entdeckt. Pfarrer Graue hat nun über das Urteil folgende Ausführungen gemacht, die er selbst im Wortlaut veröffentlicht: „— — — Und dann dürfen wir uns auch nicht wundern über den jämmerlichen Zustand der Verachtung, in dem sich die Gemeinschaft des Glaubens, die christliche Kirche heute vielfach befindet. Sie ist nach der Meinung der meisten fast nur noch dazu da, durch ihre Gottesdienste einige Stimmungen zu erwecken, dem Staate zufriedene Bürger zu erziehen und bei passenden Gelegenheiten feierlich Ja und Amen zu sagen. Diese bei Freund und Feind herrschende Religionsauffassung ist grell **beleuchtet worden durch einen Prozeß, der sich neulich in unserer Stadt abgespielt hat. Die hiesige sozialdemokratische** Zeitung hatte Weihnachten einen Artikel gebracht, der in scharfer, schonungsloser Weise Religion und Kirche kritisierte. Es mußte einem Christen gewiß weh thun, diesen Artikel zu lesen. Und doch war dieser Artikel bei aller Verständnislosigkeit für unseren Glauben in seiner Art ein guter Artikel. Denn er war bis auf einige Phrasen, die sich aber in allen Zeitungen finden, warm empfunden und von Begeisterung für wahre, echte Menschlichkeit getragen. So machte er auch in seiner Kritik Halt vor der Person unseres Heilandes, für den er Worte ehrfürchtiger Bewunderung hatte. Für diesen Artikel ist der verantwortliche Redakteur zu einer Gefängnisstrafe von zwei Wochen verurteilt worden. Ich kenne ihn nicht, auch nicht seine Richter. Ich bin überzeugt, daß der Gerichtshof nach bestem Wissen und Gewissen geurteilt hat und vielleicht bei dem Wortlaut der Gesetze nicht leicht anders entscheiden konnte. Aber ich gestehe, daß ich bei solchen Vorgängen immer ein Gefühl tiefer Scham empfinde. Ist wirklich unsere Kirche so schwach und unsere Ueberzeugung so schlecht begründet und morsch, daß sie richterlichen Schutzes bedarf? . . .“

Ja, so schwach ist die Kirche! Und der mutige Pfarrer mag sich klar sein, daß er sich durch seine Ausführungen zur Absetzung reif gemacht hat.

Ausland.

Schweiz. Der Konflikt mit Italien ist noch immer nicht beigelegt. Die diplomatischen Beziehungen sind nicht wieder aufgenommen worden. Der Redakteur des anarchistischen Blattes Il Risveglio, wegen dessen es zum Bruch zwischen der Schweiz und Italien gekommen ist, wurde in Lausanne verhaftet. — Der Redakteur, Bertoni mit Namen, hatte eine öffentliche Versammlung, in der das Thema: Gewerkschaftsorganisation und Generalstreik, besprochen werden sollte, ankündigt. Die Waadtländische Regierung hatte nach Ausweisungen aus Bern die Reise verboten. Trotzdem war Bertoni nach Lausanne gekommen und hatte seinen Vortrag begonnen. Ob dieses frevelhaften Beginnens wurde der Bürger der „freien“ Schweiz verhaftet.

Holland. Gegen den Militarismus. Der Kriegsminister Beryansius beabsichtigt, in diesem Sommer die im Jahre 1895 zur Infanterie ausgehobenen Mannschaften, die im August 1903 zur Landwehr übergehen, zu einer einen Monat dauernden Reserve-Uebung einzuberufen. Diese Nachricht hat großen Unwillen in der Bevölkerung hervorgerufen und in verschiedenen Städten, so z. B. in Amsterdam, Rotterdam und Deventer, haben die Mannschaften von 1895 bereits Protestkomitees gebildet.

Eine außerordentlich zahlreich besuchte Protestversammlung fand bereits am Freitag zu Amsterdam statt. Eine Protestresolution, in der alle Interessenten aufgefordert werden, sich der Bewegung anzuschließen und eine geplante Petition an die Regierung zu unterstützen, wurde einstimmig angenommen. Troelstra, der an der Versammlung teilnahm, wies u. a. darauf hin, daß an dem Anwachsen der Militärlasten der Umstand viel beigetragen hat, daß die große Masse des Volks das kleine Häuflein Sozialdemokraten jahrelang allein gegen die Reaktion kämpfen ließ und sich thörichterweise von politischer Bethätigung zurückhielt. —

Rußland. Der Mandschurei-Vertrag ist dieser Tage von dem Petersburger Regierungsboten in seinem Wortlaut veröffentlicht worden. Derselbe ist so abgefaßt, daß Rußland sich die weitgehendsten Rechte und Vorteile gesichert hat. Die Zurückziehung der Truppen soll äußerst langsam vor sich gehen; chinesische Truppen dürfen in der Mandschurei nur einrücken, wenn Rußland vorher benachrichtigt worden ist.

China. Tientsin wird nicht geräumt! Die Times melden: Am Sonnabend sind die Befehlshaber der verbündeten Truppen übereingekommen, die vorläufige Regierung in Tientsin aufrecht zu erhalten entweder bis zur Schleifung der Forts oder bis zum 1. Juli; die Regierung soll aber auf keinen Fall früher aufgelöst werden als vier Wochen nach Annahme „gewisser Bedingungen“ durch die chinesische Regierung. Zu diesen Bedingungen gehören auch die folgenden: Die chinesische Regierung muß sich verpflichten, die Forts nicht wieder anzurichten, auch keine neuen Forts zwischen Peking, Taku und Schanhaikwan zu bauen. Die chinesische Polizeitruppe in der Stadt darf nicht mehr als 2500 Mann betragen und chinesische Truppen dürfen sich der Stadt nicht auf weniger als 30 Kilometer nähern. Die Eisenbahn Peking—Schanhaikwan soll an die chinesische Regierung erst zurückgegeben werden, wenn die Befehlshaber der verbündeten Truppen ihre Zustimmung erteilt haben.

Der Krieg in Südafrika.

Ueber den Stand der Friedens-Unterhandlungen kann man sich beim besten Willen kein klares Bild machen. Die widersprechendsten Gerüchte und Kombinationen werden in den Zeitungen kolportiert; thatsächliche Nachrichten fehlen aber vollständig. Wir verzichten darauf, unsere Leser mit den Phantasien superkluger Zeitungspolitiker zu langweilen.

Auf dem Kriegsschauplatze haben in der letzten Woche heftige Kämpfe stattgefunden, über die allerdings vorläufig nur Kitcheners Telegramme Mitteilung machen, die wie immer die Verluste der Buren äußerst hoch angeben. Man kann es ja verstehen, daß die Engländer bei den gegenwärtigen Friedensverhandlungen ihre letzten Erfolge möglichst in das hellste Licht zu setzen bemüht sind, um die Verhandlungen zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

Kitcheners Meldungen lauten: Oberst Colenbrander griff am 8. April Beyers Lager an, Oberst Murray wurde dabei schwer verwundet, Leutnant Lincoln getötet, ein Leutnant und fünf Mann verwundet. Der Verlust des Feindes an Toten, Verwundeten und Gefangenen betrug 106 Mann (?). — Die Streitmacht des Obersten Terman wurde in der Nähe von Bulfontein von einer numerisch stärkeren feindlichen Macht angegriffen; ein Offizier, zwei Mann sind gefallen, 14 Mann wurden verwundet und ein Teil einer Patrouille gefangen. — In West-Transvaal in der Nähe von Rooiwal griff der Feind am 11. April den Obersten Kekewich an. Es entspann sich ein heißer Kampf, der Feind wurde zurückgeworfen und ließ 44 Tote, darunter den Kommandanten Potgieter, auf dem Schlachtfelde. 34 Verwundete und 20 Unverwundete wurden gefangen (?). Der Verlust der Engländer war: ein Offizier und fünf Mann tot, 52 Verwundete. Bei der Verfolgung erbeutete Oberst Kekewich zwei Kanonen und ein Maschinen-Geschütz.

Zum Zollkrieg.

Max und Moritz-Politik nennt die Franff. Ztg. das Verhalten der Mehrheit der Zolltarifkommission. Dieselbe wolle den ganzen Karren so verfahren, daß er gar nicht mehr herauskann. „Eine Unze mehr, Gold oder Dreck, sagte der Reichskanzler, werde das Schiff des Zolltarifs gefährden. Man wird aber bald fürchten müssen, daß die Wagenladungen von Mist, welche die Agrarier anfahren, die Möglichkeiten vernünftiger Handelsbeziehungen, die noch offen sind, samt und sonders verschütten werden. Max und Moritz-Politik!“ — Die Befürchtung, das Verhalten der agrarischen Mehrheit könne das Bestehen der Handelsverträge gefährden, ist unbegründet, denn „aus guter Quelle“ wird versichert, das Ausland werde die Handelsverträge unverändert weiter laufen lassen, wenn die Reichstagsverhandlungen über den Zolltarif bis zu dem Zeitpunkt, zu dem eine Kündigung der Verträge vorgesehen ist, zu keinem positiven Ergebnis führen. Der Regierung sei bekannt, daß das Ausland einem derartigen Vorgehen volles Einverständnis entgegenbringt.

„Gott, den Herrn“ anzurufen für die Wucherzölle bringt die fromme Kreuzzeitung fertig und beweist damit, daß es keinen Zweck hat, den katholischen Jesuiten noch ferner die deutschen Grenzen zu sperren, da doch protestantische „Jesuiters“ unbeanstandet wirken können. In ihrer Wochenschau sagt die Kreuzztg.:

Gerecht sein heiße von der Voraussetzung des Apostelwortes ausgehen, „daß man verpflichtet sei, vor allem des „Hauses Genossen“ zu versorgen, diejenigen, die uns Gott der Herr am nächsten gestellt hat, deren Bedürfnisse und Nöte man kennt, so daß man ihnen leichter abzuhelfen vermag als anderen, die in einem gesonderten Lebens- und Pflichtenkreise stehen“.

Die Frankf. Ztg. bemerkt dazu: Die vorstehenden Sätze würden sich treffender als für den Brotwucher anwenden lassen für die Gewährung von Reichstagsdiäten. Doch davon will die Kreuzztg. auch in ihrer Wochenschau noch nichts wissen. Man dürfe Leuten, die auf vornehme Denkweise Anspruch erheben, eigentlich nicht zumuten, Diäten anzunehmen. Mindestens müßte der Vorbehalt gemacht werden, daß nicht der jetzige sondern erst der künftige Reichstag Tagegelder erhalte. — Vielleicht ließe sich ein Kompromiß dahin schließen, daß konservativen Abgeordneten ausnahmsweise gestattet sein soll, auf die Diäten zu verzichten. Der statistische Nachweis, wie weit späterhin von dieser Erlaubnis ein „vornehmer“ Gebrauch gemacht wird, würde von besonderem psychologischen Interesse sein. — Die „vornehme“ Denkweise hat übrigens bis jetzt die konservativen Landtagsabgeordneten nicht abgehalten, jeden Tag 15 M. Diäten einzustecken und zwar nicht nur für die Tage, an denen sie den Sitzungen beiwohnten, sondern auch für die Wochen und Monate, an denen sie die Sitzungen schwänzten und während welcher das Haus sich vertagt hatte.

Soziales.

— Das Frauen- und Kinderschutzgesetz in Italien, das vor wenigen Wochen von der Kammer genehmigt worden ist, enthält folgende Bestimmungen:

Handelsfahrt die traurige Geschichte des Konz Hart in allen Dörfern verbreitete, benutzte Simon die stille Zeit in der Landwirtschaft, um mit den Leuten über ihre Lage ausführlich zu reden. Die Rede des Prädikanten hatte so manchen aus dem Elend, in dem er bisher stumpf und dumpf dahin gelebt hatte, jäh aufgerüttelt, erschreckt sah er den Abgrund zu seinen Füßen gähnen und ergriff begierig die Hand, die Simon ihm reichte.

Am Sonnabend fuhr er mit einer Last Dinkel nach Rothenburg zu Markt. Es hatte in den Tagen vorher zum erstenmale in diesem Winter geschneit, dann war Frost eingetreten und es gab eine prächtige Schlittenbahn. Friedel, der Knecht, mußte mitfahren. Der Wochenmarkt war aber nur ein willkommener Vorwand, um, wie verabredet worden, mit den Freunden unauffällig im Bären zusammen zu treffen. Käthe drängte es, ihn zu bitten, daß er sich nach Hans Koutner erkundigen möchte. Dennoch ließ sie ihn davon fahren, ohne ihren Wunsch über die Lippen gebracht zu haben.

Sie hatte die Woche über angestrengter als sonst gearbeitet, um sich die „dummen Gedanken“, wie sie es nannte, aus dem Kopfe zu schaffen. Denn es erschien ihr gar zu dumm, daß sie fortwährend um den blonden Gesellen sich sorgte. Wenn ihm etwas Ernstliches zugestoßen wäre, so würde Kaspar es ihr schon angezeigt haben. Es wollte nicht helfen, und heute nun gar nicht. Die Schwägerin hatte es ihr längst angemerkt, daß sie nicht mit der frohen Sorglosigkeit aus Rothenburg zurückgekommen, mit der sie hingegangen war. „Das Mädel ist wie aufs Maul geschlagen,“ klagte sie einmal ihrem Manne. „Ich kenn' mich gar nit mehr in ihr aus.“ Er wußte ihr keine Erklärung zu geben. „Wenn Ihr Weibsleute Euch nicht in einander austennt, wer soll's denn?“ sagte er. Aber auch er machte ihr Sorge. Denn sie war an seine häufige Abwesenheit von Hause und sein Brüten daheim, ohne daß sie erfuhr, was er trieb und dachte, nicht gewöhnt. Der Argwohn, der in ihrer Brust keimte, lenkte ihre Aufmerksamkeit von ihrer Schwägerin ab.

Simon blieb ungewöhnlich lange aus. Schon wurde es dunkel. Käthe ging in die Küche und zündete das Abendfeuer auf dem Herde an. Die Schwägerin folgte ihr. Die Kinder waren bei dem Großvater auf dessen Stube.

„Ich weiß gar nit, warum der Bauer heut so lang macht,“ begann Ursel nach einer kleinen Weile, ihrer Unruhe Ausdruck gebend. „Sonst war er um diese Zeit immer schon vom Markt zurück. Mir schwant nichts Gutes.“

Käthe blies erst das Feuer an; dann fragte sie: „Wie so denn?“

„Er hat was vor, seit er mit Dir letzt in Rothenburg war,“ seufzte Ursel. „Ich merk's halt, wenn er auch mit der Sprach' nit heraus will. Und Du weißt auch darum. Aber das hilft ja alles nir. Wir kommen bloß tiefer ins Unglück und wer's nachher auszufressen hat, das sind die Kinder.“

Käthes bräunrötliche Wangen erglühten. Sie hatte ihrem Bruder versprechen müssen, über den Beschluß, der im Bären gefaßt worden war, zu schweigen. „Du siehst nach Deiner Art halt zu schwarz,“ rief sie. „Das Elend muß ein End haben, Schwägerin. Ich wollte, daß ich ein Bub' wäre und dazu thun könnte! Fürchten thät ich mich nit und Kraft hab' ich auch wie so mancher Bub' mit. Aber da schlenkern einem die Weiberröck' um die Beine und aus ist's.“

„Jesus, Maria, was fallet Dir denn ein, Mädel?“ fragte die Bäuerin, die sich auf einem Schemel niedergelassen hatte, mit verwunderten Augen.

„Nu, da hockt Du und wartest auf den Bauer,“ rief Käthe heftig, „und — und —. Ach, es ist gar zu dumm, daß wir Frauensleut' in allen Stücken immer zuwarten müssen, bis es an uns kommt, ob's einen auch in allen zehn Fingern kribbelt.“ Schmollend warf sie den Mund auf.

Ursel sah sie noch immer erstaunt an; dann sagte sie: „Wirst es schon noch lernen, geduldig sein, wann Du erst einen Mann und Kinder hast.“

„Das wär' erst recht ein Elend; ich heirat' nie!“ antwortete Käthe entschlossen.

„So sagt jede,“ erwiderte die Schwägerin und ein mattes Lächeln glitt über ihr schmales sorgenvolles Gesicht. „Ja, Geduld! Was hast Du davon, wenn Du dem, was kommt, entgegenläufst? Das Unglück kommt immer zu schnell und zu früh.“

„Das Unglück?“ wiederholte Käthe betroffen, und das Herz schlug ihr bis in den Hals hinauf. „Du weißt was? Was ist's?“

Die Bäuerin schüttelte verneinend den Kopf. „Ich weiß nichts nich. Aber wo soll denn ein Glück herkommen in diesen Zeitläuften?“

Der alte Neuffer mit den Kindern unterbrach sie. Die beiden kleinen Flachsköpfe mit den rothackigen Apfelgesichtern sprangen zur Mutter und begannen eifrig durcheinander von einem Märchen zu zwitschern, das der Großvater ihnen erzählt hatte. Es handelte von Dornröschen. Der Alte wärmte sich unterdessen die Handflächen an der Herdflamme, welche sich in dem kupfernen und blechernen Küchengeschirr spiegelte, das Käthe nachmittags am Dorfbrunnen blank gescheuert hatte. „Das Dornröschen, das sind wir Bauern, erklärte er, sein verrunzeltes Gesicht der Tochter zuwendend, „und der Prinz, wo sie mit seinem Kuß entzaubert, das ist die evangelische Freiheit. Der Pfeifer von Niklashausen, das war nicht der Rechte.“

Käthe gab nicht acht und verstand ihn nicht. Denn die Worte ihrer Schwägerin lagen ihr wie eine schlimme Prophezeiung auf dem Herzen und sie klapperte bei der Zubereitung des Abendessens mit dem Gerät geräuschvoller als nötig war. Jetzt ließ sich auf dem Dorfplatz Schellengeklingel vernehmen, Hunde bellten, eine Peitsche knallte. „Der Bauer,“ sagte Ursel, als das Hofthor knarrte, und stand rasch auf. Vater Martin nahm eine Stallaterne vom Nagel und zündete sie an. Bevor er damit zu stande kam, schrillte auf dem Flur vor der Küche eine Pfeife, brach aber nach zwei, drei Tönen wieder ab. Die Thür flog auf und Simon schob lachend den jungen Goldschmiedegesellen herein, der zum Schutz gegen die Kälte einen leeren Getreidesack über die Schultern geworfen hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Aphorismen.

Von Marie Ebner-Eschenbach.

Je kleiner das Sandkörnlein ist, desto sicherer hält es sich für die Achse der Welt.

*

Nur die allergescheitesten Leute benutzen ihren Scharfsinn nicht bloß zur Beurteilung anderer, sondern auch ihrer selbst.

*

Späte Freuden sind die schönsten; sie stehen zwischen entschwundener Sehnsucht und kommendem Frieden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020416-11/fragment/page=0002

Die Altersgrenze für die in Fabriken und, auf Vorschlag der Sozialdemokraten, auch für die in den Werkstätten und bei Maurerarbeiten beschäftigten Kinder, wurde von 9 auf 12 Jahre, für die in Gruben arbeitenden auf 13, und für die bei gefährlichen und nächtlichen Arbeiten beschäftigten auf 15 Jahre festgestellt.

Frauen jeglichen Alters können nicht zu unterirdischen oder nächtlichen Arbeiten, ebensowenig können minderjährige Frauenspersonen zu gefährlichen oder gesundheitsschädlichen Arbeiten verpflichtet werden. Wöchnerinnen dürfen nicht vor Ablauf eines Monats nach ihrer Niederkunft zur Arbeit zugelassen werden.

Die gegenwärtig in Fabriken arbeitenden Kinder von 10 bis 12 Jahren bleiben freilich nach wie vor darin beschäftigt; das Gleiche gilt auch für die Frauen, für welche das Gesetz erst nach 5 Jahren in Kraft tritt. Die Arbeitszeit für Kinder über 10 und unter 12 Jahren darf die Dauer von 8 Stunden, für die von 12 bis 15 Jahren von 11 Stunden, und für die Frauen von 12 Stunden täglich nicht überschreiten.

Leider wurde das Gesetz nicht auf die Reisfelder ausgedehnt, wo die Arbeit für die Frauen so sehr gesundheitsschädlich ist.

Die Arbeitszeit der Kinder und Frauen muß auf 1, 1½ oder 2 Stunden unterbrochen werden, je nachdem dieselbe 8, 11 oder mehr Stunden währt; ferner sind Kinder und Frauen wöchentlich zu einem Ferientage berechtigt. In Fabriken, wo wenigstens 50 Arbeiter beschäftigt sind, muß ein freies Zimmer für die Verpflegung der Säuglinge der Arbeiterinnen vorgesehen werden. In den anderen Fabriken sind die Mütter berechtigt, nach Hause zu gehen, um ihre Säuglinge zu pflegen.

Andere Artikel des Gesetzes beziehen sich auf die Benennung von Staatsinspektoren, die die Ausübung des Gesetzes zu überwachen haben; auf die Gründung von Patronaten zum Schutze der dem Gesetze unterworfenen Kinder und Frauen; auf die Strafen bei Uebertretung des Gesetzes — 5 bis 25 Lire für die Arbeiter und 50 bis 500 Lire für die Arbeitgeber, — ferner auf die Einsetzung eines Ausweisbüchleins für jeden Arbeiter, in dem Gesundheitszustand, Impfungen und Schulbesuch aufzuzeichnen sind.

Dieses neue Gesetz, obgleich es nichts Besonderes darstellt, bedeutet immerhin einen großen Fortschritt im Vergleiche zur Vergangenheit.

— **Nahrung für das „Gesinde".** Das Landgericht Lissa (Posen) hat die Gesindeköchin Marciniak und die Brennerfrau Rosalie Duptanowska wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Beide waren auf einem Rittergute thätig und hatten für die Verpflegung der Angestellten zu sorgen. Diesen wurde das Fleisch von notgeschlachteten und krepierten Tieren und zwar oft stinkend und mit Maden durchsetzt serviert. Die Leute warfen dieses Fleisch gewöhnlich fort, aber manchmal wurden sie doch durch den Hunger gezwungen, es zu verzehren. Die Gesundheitsschädlichkeit solchen Fleisches ist vom Gerichte ausdrücklich festgestellt worden. Die von der Angeklagten Duptanowska eingelegte Revision wurde als unbegründet vom Reichsgerichte verworfen.

— **Konsumvereine und soziale Not.** Die Generalversammlung des Jenaer Konsumvereins hatte beschlossen, während der Wintermonate an bedürftige Mitglieder Kohlen zu billigeren Preisen abzugeben. Diese Einrichtung ist mit Eintritt der wärmeren Jahreszeit am 1. April wieder aufgehoben worden. Die Verwaltung hatte 1200 Zentner Briketts unter gewissen Bedingungen zur Verfügung gestellt. Es wurden aber nur 746 Zentner benötigt. 146 bedürftige Mitglieder machten von dieser Einführung Gebrauch. Infolge von Arbeitslosigkeit erhoben Anspruch 26 Mitglieder, infolge von Krankheit 9; eine größere Anzahl gab gekürzte und unregelmäßige Beschäftigung als Grund an. Aus diesen Zahlen läßt sich ermessen, daß die Einrichtung einem Bedürfnis entsprach, und daß die Befürchtungen von einer mißbräuchlichen Ausnützung derselben grundlos waren.

Soziale Rechtspflege.

— **Lohnforderungen können nicht an einen dritten abgetreten werden,** so entschied das Gewerbegericht in Kobленz. Ein Arbeiter hatte einem anderen Geld geliehen und ließ sich dafür dessen Forderung an seinem Meister (36.75 M. Restlohn und 60 M. Entschädigung wegen kündigungsloser Entlassung) cedieren. Das Gewerbegericht erklärte sich für unzuständig, und zwar aus folgenden Gründen:

„Das vorgelegte Schriftstück enthält zweifellos eine Uebertragung der im Streite befangenen Forderungen gemäß § 398 des B. G.-B. an den jetzigen Kläger, der durch die Annahme der Abtretung an Stelle des bisherigen Klägers als Gläubiger getreten ist. Der Vertreter des Klägers hat auf Befragen ausdrücklich erklärt, daß L. den Klageanspruch im eigenen Namen als Cessionär des Westermann geltend mache. Damit ist aber die bisher begründete Zuständigkeit des Gewerbegerichts in Wegfall gekommen. Um die gewerbegerichtliche Zuständigkeit zu begründen, ist nämlich ein Zweifaches erforderlich: einmal in sachlicher Hinsicht, daß die Streitigkeit ihren Ursprung in einem gewerblichen Arbeitsverhältnisse der im § 3 des Gew.-G.-G. bezeichneten Art habe; außerdem in persönlicher Hinsicht — und dieser Satz ist in dem Gesetze an die Spitze gestellt —, daß die gewerbliche Streitigkeit zwischen Arbeitern und ihren Arbeitgebern, oder zwischen Arbeitern desselben Arbeitgebers zu entscheiden sei (§ 1 des Ges.). Im vorliegenden Falle ist der Klageanspruch zwar aus einem gewerblichen Arbeitsverhältnisse hervorgegangen, jedoch nicht aus einem solchen, welches zwischen den jetzt streitenden Parteien bestanden hat. Der Streit besteht nach eingetretener Rechtsnachfolge in der Person des Klägers nicht mehr zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sondern zwischen Arbeitgeber und einem dritten, worüber der § 1 des Gesetzes die Zuständigkeit der Gewerbegerichte ausschließt, nicht diese, sondern die ordentlichen Gerichte zu erkennen haben. Es mußte daher, ohne auf die Parteibehauptungen in der Sache selbst einzugehen, die Abweisung der Klage wegen Unzuständigkeit des Gewerbegerichtes erfolgen."

Hätte der Arbeiter dem dritten eine Vollmacht gegeben, so würde dieser die Forderung vor dem Gewerbegerichte ausklagen können. Durch die Abtretung der Lohnforderung ist diese aber zur Schuldforderung geworden, für welche das ordentliche Gerichtsverfahren gilt.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ **Fünfzig Mark Geldstrafe** erhielt Genosse Max Günther als verantwortlicher Redakteur des Dessauer Volksblatts, weil er die Berichterstattung des Staatsanzeigers über die Gemeinderatssitzungen scharf kritisiert hatte. Der Antrag hatte auf 200 Mark Geldstrafe oder 20 Tage Gefängnis gelautet. Der Staatsanwalt hatte die Anklage im öffentlichen Interesse erhoben.

§ **Zum Kampf der sächsischen Arbeiter um ihr Versammlungsrecht.** Seit einiger Zeit versuchen mehrere sächsische Polizeibehörden, die Punkte „Gewerkschaftliches" und „Parteiangelegenheiten" für die Tagesordnung einer Versammlung als unzulässig zu erklären. In der Amtshauptmannschaft Pirna ging man so weit, die Erörterung über gewerkschaftliche Angelegenheiten in Versammlungen zu untersagen, obwohl die Behörde bei der Anmeldung keinerlei Einwendungen versucht hatte. Eine Beschwerde bei der Amtshauptmannschaft über den betreffenden Beamten war erfolglos. Jetzt aber hat diese Behörde den Beschwerdeführern zugeben müssen, daß sie im Irrtum gewesen ist. Unsere Genossen haben sich nämlich beschwerdeführend an die Kreishauptmannschaft gewandt. Der Entscheid dieser Behörde wurde dem Beschwerdeführer durch folgende Verfügung der Amtshauptmannschaft übermittelt:

Die kgl. Kreishauptmannschaft Dresden hat durch Kollegialbeschluß vom 27. Februar 1902 Ihren Rekurs gegen die abfällige Entscheidung der Amtshauptmannschaft vom 14. desselben Monats für beachtlich erklärt.

Sie hatten sich seiner Zeit bei der Amtshauptmannschaft darüber beschwert, daß ein Beamter derselben bei Ueberwachung der am 2. Februar im Gasthofe zur goldenen Krone in Kleinzschachwitz abgehaltenen öffentlichen Holzarbeiterversammlung die Behandlung des 3. Punktes der Tagesordnung „Gewerkschaftliches" nicht zugelassen hatte. Die Amtshauptmannschaft hatte diese Beschwerde als unbegründet zurückgewiesen.

Demgegenüber führt die kgl. Kreishauptmannschaft aus, daß die Beanstandung des Punktes „Gewerkschaftliches" durch den polizeilichen Beauftragten in jener Versammlung zu Unrecht erfolgt sei. Die Polizeibehörde erscheine, wenn sie eine Versammlung nicht schon vor deren Beginn verboten habe, erst dann zu einem Einschreiten befugt, wenn unter Ueberschreitung des rechtzeitig angemeldeten Verhandlungsthemas thatsächlich Unzulässiges gesprochen worden und sich daraus ein gesetzlicher Grund zum Vorgehen für den Ueberwachenden bieten sollte. Die Vermutung allein, daß Ungehöriges geschehen könne, lasse aber ein derartiges Verfahren noch nicht angängig erscheinen.

§ **Sachsen-Altenburgische „Waffen".** In Sachsen-Altenburg dürfen, wie anderwärts auch, Bewaffnete an Versammlungen nicht teilnehmen. Als nun in Kahla dieser Tage eine Versammlung stattfand, die sich mit dem Brotwucher beschäftigen sollte, erinnerte sich der anwesende Gendarm dieser Bestimmung und verlangte, daß Schirme und Stöcke vor dem Lokal abzulegen seien.

§ **Ein Streikprozeß,** der zu ganz horrenden Verurteilungen führte, hat sich dieser Tage in Breslau abgespielt. Dort standen vor der Strafkammer 4 Maurer und 1 Zimmermann, die beschuldigt waren der Bedrohung des Vergehens gegen die persönliche Freiheit, der Beleidigung und des Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung. Alle diese Verbrechen sollen sie an „Arbeitswilligen" begangen haben. Drei der Angeklagten mußten freigesprochen werden, weil sie weiter nichts gethan, als die Arbeitswilligen in sachlicher Weise an ihre Pflicht erinnert oder als Verbandsfunktionäre mit dem Unternehmer verhandelt hatten. Was ihnen hätte blühen können, wenn sie dabei auch nur das leiseste, unvorsichtige Wort gebraucht hätten, mag man aus dem Urteil gegen die beiden übrigen ersehen. Der Maurer Ernst Haase, der sich seine Pantinen aus der Baubude holen wollte und sich auf Aufforderung nicht sofort von dem Baugrundstück entfernte, weil er der weitverbreiteten Meinung war, er müsse dreimal aufgefordert werden, wurde wegen Hausfriedensbruch zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Maurer Joseph Machate wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, obgleich in einem Falle (wegen Nötigung) Freisprechung erfolgen mußte. Machate hatte mit den Streikbrechern unterhandeln wollen, wurde aber von diesen mit Kaffee begossen, mit einer Latte bedroht und mit einem Ziegelstein geworfen; darauf ließ Machate sich hinreißen, seine Angreifer mit Ausdrücken wie: Versluchte Lumpen, Ihr seid nicht wert, angespuckt zu werden, zu regalieren. Wenn Machate dafür mit 6 Monaten Gefängnis bestraft wurde, welche Strafe verdienen dann seine Angreifer? Und welche Strafe verdient der technische Mitarbeiter des Unternehmers, der den Streikenden zurief: wem sein Leben lieb sei, der solle sich wegscheren; er habe etwas in der Tasche?

§ **Das Thema: „Was das Volk wissen muß" — eine Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit.** Dieses salomonische Urteil hat in einem Versammlungsverbot der Bürgermeister Kreßler in Oberweimar ausgesprochen. Der Beamte sollte den Sohn des Angeklagten am 2. Januar d. J. in eine Erziehungsanstalt bringen, gelegentlich dessen der Angeklagte sagte: „Wir brauchen keinen Leith . . . . . Der Angeklagte wollte die Aeußerung nicht in der Weise gethan haben, seitens des Beamten wurde sie aber beschworen.

Wegen Diebstahls wurde der Arbeiter Friedrich Schmidt aus Gräfenhainichen zu 1 Monat Gefängnis verurteilt, weil er auf der Grube Klara dortselbst Rotgußlager und Kupfer entwendet hatte. Er gab an, für sich und seine Kinder kein Brot im Hause gehabt zu haben.

Einen Zusammenstoß mit einem Motorwagen verschuldet hat der Geschirrführer Albrecht Tille am 13. Februar auf der Straße von Trotha nach Giebichenstein. Es war an jenem Tage starker Nebel. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 20 Mark Geldstrafe event. 4 Tagen Gefängnis.

Erfolgreich war die Berufung der verehelichten Arbeiterfrau Ida Ulrich geb. Müller aus Delitzsch, die vom dortigen Schöffengericht zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden war, weil sie eine Frau Gerhardt mit dem Schlüssel ins Gesicht geschlagen hatte. Das Gericht ermäßigte die Strafe auf 30 Mk. event. 3 Tage Gefängnis. — Ebenfalls ermäßigt wurde die Strafe des Maurers Hermann Pfeiffer von hier.

Halle, 14. April.

Ein schwerer Unglücksfall brachte die Geschirrführer Hermann Bierende aus Brachstedt, 20 Jahre alt, und Paul Mädicke aus Hohen bei Brachstädt, 18 Jahre alt, wegen fahrlässiger Tötung bezw. fahrlässiger Körperverletzung auf die Anklagebank. Am Nachmittag des 3. Februar d. J. fuhr der Gutsbesitzer Bennemann mit seinem Knecht Reichard von Brachstädt nach Niemberg, um vom Bahnhof Düngemittel zu holen. In einiger Entfernung hinterher fuhr der Angeklagte Bierende, ihm folgte ein dritter Geschirrführer mit seinem Wagen, während der Angeklagte Mädicke die Straße von Hohen mit einem Geschirr kam. Da nun sämtliche Geschirrführer nach dem Bahnhof wollten und das Bestreben hatten, möglichst schnell abgefertigt zu werden, so hielten sie sich der Reihe nach hinter dem ersten Bennemannschen Geschirr. Der letzte Geschirrführer trieb aber die Pferde wiederholt an, wodurch die beiden Angeklagten ebenfalls veranlaßt wurden, scharf nebeneinander zu fahren. Durch das Wagengerassel und Geräusch wurden aber Bennemanns Pferde scheu und gingen durch. Die Folge davon war, daß der 25jährige Knecht R. und auch der Gutsbesitzer B. zum Wagen hinausgeschleudert wurden. Bennemann kam mit einigen Gliederverrenkungen davon, während der verunglückte Knecht schwere Verletzungen erhielt, die zur Folge hatten, daß er eine Viertelstunde später verstarb. Der hinzugerufene Arzt konstatierte einen Kiefer- und einen Schädelbruch. Die Todesursache war die letztere schwere Verletzung. Die Angeklagten bestritten, fahrlässig gehandelt zu haben; durch das Wagengerassel hätten sie nicht annehmen können, daß Bennemanns Pferde scheu werden könnten. Bennemann gab auch selbst zu, daß seine Pferde sonst gut und „fromm" gewesen wären. Der Staatsanwalt war aber der Ansicht, daß die beiden Angeklagten eine Art Wettfahren veranstaltet hätten, und daß sie in hohem Maße fahrlässig gehandelt haben. Allerdings hätten sie den tragischen Ausgang der Sache nicht voraussehen können. Immerhin erscheine aber eine nicht geringe Strafe angemessen, um auf andere „abschreckend" zu wirken. Gegen Bierende seien 4 Monate und gegen Mädicke 3 Wochen Gefängnis zu beantragen. Das Gericht kam aber zur Freisprechung, da nicht angenommen werden könne, daß die Angeklagten voraussehen mußten, was eingetreten ist.

Sprechstunden des Arbeiter-Sekretariats nur Wochentags von 9½—1½ und 4—8 Uhr. Auswärtigen Anfragen ist stets Briefmarke als Rückporto beizufügen.

Verantwortlicher Redakteur: A. Weißmann in Halle.

Parteinachrichten.

Abrechnung vom Liebknecht-Denkmal!

Einnahmen:		Ausgaben:	
Bereits quittierte Beiträge	7274.04	Honorar an den Künstler	8000.—
Kreisbeiträge	900.—	Friedhofs-Gebühren und Dekoration	134.40
Alt-Moabit, verspätet	20.—	Porti und Drucksachen	106.75
L. G.	3.—	Summa	8241.15
Weber, Tiefstraße	3.		
Zinsen (Deutsche Bank)	92.60		
Summa	8292.64		

Einnahmen	8292.64
Ausgaben	8241.15
Ueberschuß Mk.	51.49

welche an die Parteikasse abgeliefert sind.

Pfarr. Hintze. Scholz. Wengels.

Gewerkschaftliches.

Den Bau eines modernen Gewerkschaftshauses im Werte von etwa einer halben Million Mark beschloß Freitag abend eine große Partei- und Gewerkschaftsversammlung in Dresden. Der Grundstock beträgt bereits 53000 M. Er soll durch Ausgabe von vierprozentigen Fünfmark-Anteilscheinen und Schuldscheinen von beliebiger Höhe vergrößert werden. Da Dresden 3000 politisch organisierte und 18000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter aufweist, dürfte das Risiko des Unternehmens nicht schr bedeutend sein. In Pirna ist ebenfalls dieser Tage ein Gewerkschaftshaus geschaffen worden. Es ist das Gasthaus zum weißen Roß in der Reitbahnstraße.

Die Chemnitzer Arbeiter beabsichtigen, sich ein eigenes Versammlungshaus zu schaffen. Gegenwärtig beschäftigt das Projekt die einzelnen Gewerkschaften. Die Buchdrucker beschlossen einstimmig, dem Unternehmen ihre moralische und finanzielle Unterstützung zuzusichern.

Gerichtssaal.

Strafkammer.

Halle a. S., 12. April 1902.

Eislebener Sittenzustände. Bekanntlich ist wiederholt behauptet worden, daß in den Gegenden, wo noch Kirche und Religion herrscht, die sittlichsten Zustände bestehen. Eine Verhandlung gegen die Ziegeleiarbeiter Otto Walther und Hermann Walther, 20 bezw. 30 Jahre, brachte einen kleinen Beitrag dazu. Beide Angeklagte sind Kousins und wohnen in dem dunklen Orte Helbra bei Eisleben. Am Abend des 10. Juli v. J. fand dort in einer Arbeiterkaserne eine kleine Festlichkeit statt, an der auch die Väter der beiden Angeklagten teilnahmen, die gegenseitig auf feindlichem Fuße stehen. Nachdem einige Fäßchen Bier getrunken waren, machten die Angeklagten Athleten-Kunststücke, wogegen die Eltern einwendeten, die jungen Leute sollten doch lieber ihre Kräfte anderweitig verwerten. Hierüber war der eine Walther so wütend geworden, daß er im Verlaufe eines Streites seinen Onkel ergriff und über einen Tisch warf, daß der Onkel, des anderen Angeklagten Vater, mit dem Kopf gegen die Wand schlug. Außerhalb der Kaserne überfiel dann der andere Walther seinen Onkel und schlug ihn zweimal mit einem schweren eisernen Instrumente über den Kopf, daß der Verletzte 4 Wochen arbeitsunfähig war und noch heute an Kopfschmerzen leidet. Der alte Mann hat für sein Leben lang einen bösen Denkzettel erhalten. Das Eislebener Schöffengericht verurteilte die Angeklagten zu 5 bezw. 2 Monaten Gefängnis Auf eingelegte Berufung des Staatsanwalts und der Angeklagten erhöhte das Gericht die Strafe Otto Ws. auf 1 Jahr Gefängnis und beschloß dessen Verhaftung, während Hermann W. mit einem Monat solcher Strafe davonkam.

Die Krankenkassenpflichten gröblich verletzt hat der 47jährige Bauunternehmer Karl Schoetensack von hier, der wegen Vergehens gegen das Krankenkassenversicherungsgesetz vom 17. Juni 1893 und 10. April 1893 angeklagt war. Er wurde beschuldigt, im Jahre 1901, um sich rechtswidrig Vorteile zu verschaffen, vom Juni bis September die ⅔ Krankenkassenbeiträge seinen Arbeitern vom Lohne zurückbehalten und dieselben der berechtigten Ortskasse nicht abgeliefert zu haben. Auch das eine Drittel, das der Angeklagte zuzahlen mußte, hatte er nicht abgeliefert. Im ganzen handelte es sich um einen Betrag von 41.28 Mk., wozu die Arbeiter 27.52 Mk. beigesteuert hatten. Der Angeklagte hat bankerott gemacht und die Ortskasse hat auf Herauszahlung des Betrages geklagt; die Pfändung ist aber fruchtlos ausgefallen. Von dem Gerichtsvorsitzenden wird dem Angeklagten vorgehalten, daß er außerordentlich leichtsinnig gehandelt habe. Er behauptete aber, die betrügerische Absicht habe ihm ferngelegen; unter dem Drucke der damaligen Verhältnisse sei vergessen worden, die Beiträge an die Kasse abzuliefern. Die Beiträge wurden nicht regelmäßig sondern manchmal erst ¼ Jahr nach dem Abzuge von dem Lohn an die Kasse abgeführt. Das Gericht vertagte die Sache und beschloß, den Beamten der Krankenkasse, der mit dem Einziehen der Beiträge zu thun hat, als Zeugen zu laden.

Freigesprochen von der Anklage der Nahrungsmittelfälschung war der Fleischermeister Karl Lützenberg aus Höhnstedt vom Schöffengericht in Eisleben, wogegen der Staatsanwalt Berufung eingelegt hatte. Eine Frau Gastwirt Buch von einem benachbarten Dorfe hatte im Juli v. J. zu dem Angeklagten geschickt und 3 Pfd. Hammelfleisch verlangt. Der Angeklagte bestellte dem Boten, daß er erst abends einen frischen Hammel schlachten und am nächsten Morgen die 3 Pfd. Fleisch schicken werde. Als aber Frau Buch das Fleisch am anderen Tage bekam, zeigte es eine grünliche Farbe und roch sehr stark. Sie schickte das Fleisch mit dem Postboten wieder zurück und der Angeklagte nahm den Mann mit in seinen Keller und zeigte ihm den Hammel, von dem er die 3 Pfd. Fleisch abgeschnitten haben wollte. Der Obermeister der Fleischerinnung in Eisleben hält es für möglich, daß die Fettschicht des Hammels in jener Nacht eine grüne Farbe bekommen hat und daß das Fleisch an jenem Sommertage durch den Transport nach dem eine Stunde entfernt liegenden Dorfe schlecht geworden ist. Daß das Fleisch verdorben war, bekundete auch der hiesige frühere Schlachthaus-Direktor; die Möglichkeit sei aber nicht ausgeschlossen, daß das Fleisch an jenem Tage durch den Transport die schlechte Farbe bekommen hat und verdorben ist. Mit Rücksicht hierauf zog der Staatsanwalt seine Berufung zurück.

Verworfen wurde die Berufung des Handelsmanns Gustav Steubert aus Bitterfeld, der vom dortigen Schöffengericht wegen Beleidigung eines Polizisten zu 15 Mark Geldstrafe event. 3 Tagen Gefängnis verurteilt worden war. Der Beamte sollte den Sohn des Angeklagten am 2. Januar d. J. in eine Erziehungsanstalt bringen, gelegentlich dessen der Angeklagte sagte: „Wir brauchen keinen Leith . . . . . Der Angeklagte wollte die Aeußerung nicht in der Weise gethan haben, seitens des Beamten wurde sie aber beschworen.

Wegen Diebstahls wurde der Arbeiter Friedrich Schmidt aus Gräfenhainichen zu 1 Monat Gefängnis verurteilt, weil er auf der Grube Klara dortselbst Rotgußlager und Kupfer entwendet hatte. Er gab an, für sich und seine Kinder kein Brot im Hause gehabt zu haben.

Einen Zusammenstoß mit einem Motorwagen verschuldet hat der Geschirrführer Albrecht Tille am 13. Februar auf der Straße von Trotha nach Giebichenstein. Es war an jenem Tage starker Nebel. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 20 Mark Geldstrafe event. 4 Tagen Gefängnis.

Erfolgreich war die Berufung der verehelichten Arbeiterfrau Ida Ulrich geb. Müller aus Delitzsch, die vom dortigen Schöffengericht zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden war, weil sie eine Frau Gerhardt mit dem Schlüssel ins Gesicht geschlagen hatte. Das Gericht ermäßigte die Strafe auf 30 Mk. event. 3 Tage Gefängnis. — Ebenfalls ermäßigt wurde die Strafe des Maurers Hermann Pfeiffer von hier.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190204 16-11/fragment/page=0003

Anfertigung nach Mass. | Korsett-Reparaturen.

Auswahlsendungen.

Spezial-Korsett-Fabrik
Bernhard Häni,
Halle a. S., Schmeerstrasse 2.

Damen- u. Kinderkorsetts in größter Auswahl, beste Arbeit, billigste Preise.
Geradehalter, Umstandskorsetts,
Reform-Leibchen von 3.50 Mk. an.
Gesundheits-Korsetts, Leibbinden,
Holzwolle-Monatsbinden, per Dutzend 75 Pf.

Korsettwäsche.

Bequeme Anprobezimmer. | Freundliche Bedienung.

Unübertroffene Auswahl. | Unübertroffene Preiswürdigkeit.

Garnierte
Damenhüte
feinster Genre und Mittel-Genre.

Garnierte **Mädchenhüte** von bis zu den feinsten Arten. **0.50** Mk.

Garnierte **Frauenhüte, Kapotten** von bis zu den elegantesten Ausführungen. **1.00** Mk.

Toques für jedes Alter, aus reizendem Fantasiegeflecht von bis zu den feinsten Pariser und Wiener Modellen. **1.75** Mk.

Backfischhütchen, einfach von bis zum verwöhntesten Geschmack. **0.75** Mk.

Baby-Mützchen von 0.15 an. **Matrosen-Mützen** von 0.25 an.

Konsummitglieder erhalten Rabattmarken. — Beamten-Konsummitglieder erhalten Rabatt.
Jeder Kunde erhält ein Rabattbuch, worauf 5 % Rabatt gewährt werden.

Ph. Liebenthal & Co., Halle a. S. Leipzigerstr. 100.

Konsum-Verein zu Teuchern.
E. G. m. b. H.

Sonntag den 20. April nachmittags 3 Uhr im Gasthof zum Grünen Baum zu Teuchern

ordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Mitteilung der Geschäftsbilanz für das I. Quartal 1902 und Entlastung des Vorstandes wegen dessen Geschäftsführung.
2. Beschluß über Verteilung des Reingewinnes.
3. Beschlußfassung über Errichtung einer Filiale in Wildschütz, sowie Errichtung einer eigenen Bäckerei.
4. Geschäftliches.

Teuchern, den 6. April 1902.

Der Aufsichtsrat des Konsumvereins zu Teuchern. E. G. mit beschr. Haftpflicht.
G. Petermann, Vorsitzender.

Barbier-, Friseur- u. Perückenmacher-Innung
für Halle und den Saalkreis.

Unsere Geschäfte sind, mit Ausnahme Sonnabends, von 8 Uhr ab geschlossen. Der Vorstand.

Stadt-Theater Halle a. S.

Mittwoch den 16. April 1902 abends 7¼ Uhr
208. Vorst. i. P.-Ab. 145. Abonn.-Vorst. 4. Viertel. Farbe weiß.

Familie Knickmeyer.
Schwank in 4 Akten v. Fritz Berend.

Vorher:
Des Löwen Erwachen.
Kom. Operette in 1 Akt von Johann Brandl.

Donnerstag den 17. April 1902 Abends 7¼ Uhr.
209. Vorst. i. P.-A. 64. Vorst. auß. Ab. 1. Viertel.

Alt-Heidelberg.
Schauspiel in 5 Akten von Wilhelm Meyer-Förster.

Gekrönte Häupter.

Zur Naturgeschichte des Absolutismus.

1. **Katharina II. von Rußland.** Konfisziert gewesen.
2. **August der Starke, Kurfürst von Sachsen.** Konfisziert gewesen.
3. **Pabst Alexander VI.**
4. **Karl Leopold von Mecklenburg.**
5. **Ludwig XIV. von Frankreich.**
6. **Philipp II. von Spanien.**
7. **Friedrich Wilhelm II. von Preußen.**
8. **Heinrich VIII. von England.**
9. **Elisabeth von Rußland.**
10. **Louis Philipp von Frankreich.**
11. **Papst Julius II.**
12. **Friedrich II. von Preußen.**
13. **Caligula.**
14. **Ludwig XV. von Frankreich.**
15. **Friedrich Wilhelm IV.**
16. **Iwan der Schreckliche von Rußland.**
17. **Jerome, König von Westfalen.**
18. **Isabella II. von Spanien.**
19. **Wilhelm II. von Hessen.**
20. **Nero.**
21. **Karl I. von England.**
22. **Karl Eugen von Württemberg.**
23. **Rudolf II., Kaiser von Deutschland.**
24. **Christian von Schweden.**
25. **Maria Theresia von Oesterreich.**
26. **Leopold II. von Belgien.**

Jedes Heft 20 Pf.

Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung, Geiststraße 21.

Weltall und Menschheit.

Naturwunder und Menschenwerke.

Geschichte der Erforschung der Natur und Verwertung der Naturkräfte im Dienste der Völker
von **Hans Kraemer** in Verbindung mit hervorragenden Fachmännern.

Reich illustriertes Prachtwerk
mit ca. 2000 Illustrationen, zahlreichen schwarzen und bunten Kunstblättern, Faksimile-Beilagen 2c.

Extrabeigaben in neuem System der Darstellung.
100 Lieferungen a **60** Pf. — Alle 14 Tage erscheint eine Lieferung.

Das Werk wird zum erstenmale im Zusammenhang die Beziehungen des Menschengeschlechtes zum Weltall und seinen Kräften schildern und von der Vorzeit an die Spuren des Kampfes des Menschen mit den Naturgewalten verfolgen, um die Bedeutung der Verwertung der Naturkräfte für die Kulturentwicklung ins rechte Licht zu setzen.

Zur Subskription ladet höflichst ein
Die Volksbuchhandlung, Geiststraße 21.

Walhalla-Theater
Direktion: **Richard Hubert.**

Heute **letzte** Vorstellung des brillanten Programms.

Fernando-Willuhn-Trio,
Phänomenale Kraftturnkünstler.

Soeurs Emilia,
die reizend. Instrumental-Exzentriks

Mr. Hermany's
großartiger Thier-Dressurakt.

Die Amerika-Reise
Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen Heinrich.

Anfang 8 Uhr. Ende geg. 11 Uhr.

Allgemeiner Beachtung empfohlen
sei die von hervorragenden Fachleuten bearbeitete populär-wissenschaftliche Broschüren-Serie:

Am Anfang des Jahrhunderts.

Die Serie erscheint in zwanglosen Heften a 30 Pf. und will in gemeinverständlichen Abhandlungen die Fortschritte auf den einzelnen Gebieten behandeln, die Ergebnisse des 19. Jahrhunderts darstellen und Ausblicke auf das 20. Jahrhundert geben.

Bisher sind 12 dieser Hefte erschienen:
1. **Kulturelle Umwälzungen im 19. Jahrhundert.** Von Dr. Borchardt.
2. **Die Entwickelungslehre im 19. Jahrhundert.** Von Wilh. Bölsche.
3. **Die soziale Gesetzgebung im 19. Jahrhundert.** Von Paul Hirsch.
4. **Der Militarismus im 19. Jahrhundert.** Von Karl Bleibtreu.
5. **Die Kirche im 19. Jahrhunderts.** Von Paul Göhre.
6. **Die Weltwirtschaft im 19. Jahrhundert.** Von Richard Calwer.
7. **Nationalismus und Internationalismus im 19. Jahrhundert.** Von Dr. Ladislaus Gumplowicz.
8. **Die Naturgeschichte im 19. Jahrhundert.** Von Dr. Kurt Grottewitz.
9. **Die hygienische Kultur im 19. Jahrhundert.** Von Dr. Alfred Grotjahn.
10. **Die Medizin im 19. Jahrhundert.** Von Dr. Ignaz Zadek.
11. **Liebe und Liebesleben im 19. Jahrhundert.** Von Dr. Ernst Gystrow.
12. **Die Prostitution im 19. Jahrhundert.** Von Dr. Alfred Blaschko.

Jedes Heft ist einzeln zu haben.
Preis **30** Pf.

Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung, Geiststraße 21.

Apollo-Theater
Direktion: **Gustav Poller** am Riebeckplatz, nächste Nähe vom Haupt-Bahnhof.

Das gr. sensat. Aprilprogramm:
Die 3 reizenden Schwestern Merkel.
Barnums Goliath-Hundemeute.
8 Phantom-Guards (Geister-Garde)
gr. phantastisches Damen-Ensemble.
Trevally-Harley,
Trambolin-Akrobaten und das übrige **Schlager-Programm.**
Anfang 8 Uhr. Ende geg. 11 Uhr.

Gesetzbücher.

Billige Ausgabe.

Gewerbe-Ordnung fürs Deutsche Reich. Preis 40 Pfg.
Krankenkassengesetz. Preis 15 Pfg.
Unfallversicherung. Preis 15 Pfg.

Das Schuldklagewesen oder **Wie gelangt man ohne besondere Auslagen oder schnellstens zu seinem Guthaben?** Preis 15 Pfg.

Der deutsche Volksanwalt. Preis 25 Pfg.

Stadthagen. Führer durch das Unfallversicherungs-Gesetz. Preis 75 Pfg.

Arbeitsvertrag des Gewerbe- und Fabrikarbeiters. Von R. Lipinski. Preis 30 Pfg.

Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung, Geiststrasse 21.

Pa. Gerstenstroh
verkauft billig
Böhme, Gasth. z. Weintraube
Das. können Strohsäcke entleert werd.

Jeden Mittwoch **Schlachte-Fest.**
Oskar Heller, Steinweg 32.
Telephon 2179.

Bettfedern,
Fertige Betten, Inlets, Bettwäsche, Strohsäcke, Eisen- u. Holz- Bettstellen
mit und ohne Matratzen empfiehlt unter **Garantie** streng **reeller** Bedienung
Eduard Graf
Erstgrößtes Spezial-Geschäft am Platze.
Marktplatz 11.

Alle verehrten Hausfrauen bitte ich beim Einkauf meines als Caffeezusatz unerreichten
Aechten Brandt-Caffee
Marke „Pfeil" (Marke „Pfeil" Schutz-Marke)
auf **„A B C"** und **„Pfeilmarke"**
zu achten und Packete, welche diese Kennzeichen nicht tragen, zurückzuweisen.
Robert Brandt, Magdeburg.

Heringe 3 Stück 10 Pf.
ff. mar. Heringe 3 Stück 20 Pf.
empfiehlt
Franz Boas, Meckelstr. 10.

Welt-Panorama.
Die böhmischen Bäder.

Maifestabzeichen
(Bildnis Liebknechts) dauerhaft, auch als Schlipsnadel zu tragen.
Preis 15 Pf.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung, Geiststraße 21.

Menzenhauers Guitarzither
ist nur echt zu beziehen aus der Niederlage:
Kl. Ulrichstrasse 38, I.
Zithern jeder Art werden repariert und **rein** gestimmt.
Klavierstimmungen.

Spazierstöcke
in neuesten Mustern empfiehlt billigst
4! Ernst Karras jun.
Leipzigerstr. 4.

Erprobtes Hustenmittel
ist mein **selbstgekochter, schwarzer**
Johannesbeersaft.
Karl Krütgen,
Universal-Droguerie
Merseburgerstraße.

Eine anständige Zigarre
giebt es noch immer bei
Paul Drietchen, Wörmlitzerstraße Nr. 109.

Ausverkauf!
Wegen Geschäftsübergabe verkaufe ich sämtliche von mir abgeschlossenen **Fahrräder, Mäntel, Schläuche, Zubehörteile,** nur gute, reelle Ware zu jedem annehmbaren Preise.
Fahrrad- und Maschinen-Geschäft
Fr. Kehr,
Zeitz, Messerschmidtstraße 17.
Gegr. Schuhw. k. Luther, Gr. Klausstr. 18

Gute Speisekartoffeln
im ganzen und einzeln zu verkaufen in
Weissenfels,
Otto Kegler, Marienstr. 13.

Die Restbestände
meines großen
Möbel- u. Polsterwaren-Lagers
sollen wegen **Aufgabe des Geschäfts** zu jedem **annehmbaren Preise** verkauft werden.
A. Brauer,
Breitestraße 16.

Ein Paar **Futterschweine** zu verk. in Beesen Wilhelmstraße 12.

Lumpen, Alteisen, Metalle kauft **M. Samuel,** Lilienstraße 10.

Die Geburt eines jungen Proletariers zeigen allen Genossen und Freunden hocherfreut an
Ernst Frenzel und Frau geb. Hoffmann.
Zeitz den 14. April 1902.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020416-11/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 88 — Halle a. S., Mittwoch den 16. April 1902. — 13. Jahrg.

Der Wahlrechtskampf in Belgien.

um. Brüssel, 14. April.*)

Wieder ist gestern in den Straßen Brüssels Blut geflossen. Zum viertenmale hat jetzt die Brutalität einer sanatisierten Polizeimannschaft ihre Opfer gefordert, obschon sich die sozialistischen Führer mit Gefahr ihres eigenen Lebens bemüht haben, die schrecklichen Gemetzel zu verhindern. Man muß gesehen haben, wie hier die „Ordnung" gerettet wird, beschreiben lassen sich solche Szenen nicht.

Als am Sonnabend nachmittag nach Schluß der Kammersitzung eine zahlreiche, aber ruhige und offensichtlich friedlich gestimmte Menge die sozialistischen Abgeordneten auf ihrem Wege nach der Maison du peuple begleitete, brach plötzlich aus dem Hinterhalte eine Schar von Polizisten mit geschwungenem Säbel hervor und schlug in blinder Wut auf die mit keinem Worte gewarnte oder zum Auseinandergehen aufgeforderte Menschenmasse ein. Niemand dachte daran, Widerstand zu leisten, sondern alles floh in eiligstem Laufe die Straße entlang und barg sich in Häusern und Nebengassen: aber die Polizisten schlugen und schlugen mit ihren blanken Waffen darauf los, wie von tierischer Wut gepackt. Unser Genosse, der Abgeordnete Vandervelde wurde selbst das Opfer roher Polizeifäuste, die ihn, trotz seines Protestes und trotz der garantierten Immunität des Repräsentanten der Nation, packten und auf die Wache schleppten. Daß er dort bald vom Bürgermeister und obersten Polizeichef befreit wurde, ändert nichts an der unerhörten Thatsache seiner Verhaftung: die Polizei selbst verläßt den Boden der Gesetzlichkeit!

Das war ein böses Vorspiel und ließ für den Abend schlimme Dinge erwarten. Aber die schlimmsten Befürchtungen wurden übertroffen. In der Maison du peuple tagte abends eine gewaltige Versammlung, zu der ausschließlich Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, des Parti ouvrier belge, Zutritt hatten; es galt, die Lage kühl und nüchtern zu überschauen und die notwendigen Maßregeln zu ergreifen. Alle Führer ermahnten unsere Parteigenossen, ruhig und ohne Gewaltthaten die entscheidenden Tage dieser jetzt beginnenden Woche abzuwarten. Und wie die Führer geraten, so haben unsere Parteigenossen gehandelt. Aber in den engen Straßen, die den schönen Volkspalast umgeben, hatten sich mit sinkender Nacht wieder die Scharen der Unorganisierten angesammelt, die Massen derer, die keiner Partei angehören, keine politische Direktive erhalten, aber durch ihren Klasseninstinkt auf die Straße getrieben, weil sie fühlen, daß hier ihre Sache geführt wird. Diese Massen, untermischt mit einer erklecklichen Anzahl von agents provocateurs sind die beliebten Opfer der Polizeisäbel. Und sie wurden es auch diesmal. Zu den wilden Kämpfen, die sich bis spät in die Nacht hinzogen, wurden die Scharen von einer Straße in die andere, von einem Platz auf den anderen gedrängt, wohin sie ausweichen wollten, stießen sie auf die Säbel der Polizisten oder die Bajonette der Bürgerwehr; und was erst ein zusammenhangloser Haufe von Fliehenden gewesen war, das ballte sich jetzt zu einer Kernschar von Kämpfenden zusammen. Revolverschüsse blitzten hüben und drüben auf, an einzelnen Stellen begann man wieder Barrikaden zu errichten, Gaslandelaber wurden umgerissen und das entströmende Gas zu schaurigen Fackeln entzündet, die Hydranten wurden aufgedeckt und spülten das rieselnde Blut vom Pflaster hinweg. Alle Augenzeugen stimmen darin überein, daß diese Leute schließlich wie die Mauern gestanden haben. Aber waffenlos, wie sie waren, mußten sie den immer erneuten Angriffen der Polizisten weichen, wurden von Winkel zu Winkel zurückgedrängt, aus den Cafés, Häusern und Estaminets in Scharen vertrieben.

Drei Tote blieben auf dem Platze; sechzig Verwundete wurden verhaftet, die Zahl der nichtverhafteten Verwundeten wird sicherlich viel größer sein. An einzelnen Stellen kam es zu furchtbaren Szenen. Ein Gendarm hatte auf Armlänge einen Mann niedergeschossen, der am Fenster seiner Wohnung stand; der tödlich Getroffene stürzte auf die Straße hernieder und wurde sofort von den Kämpfenden umringt, die er mit brechender Stimme bat, ihn in die Maison du peuple zu tragen, denn nur dort wolle er sterben. Kräftige Fäuste hoben den Röchelnden empor, aber die Polizisten stürzten sich in Scharen auf den Transport, um ihn zu verhindern. Der Proletarier verröchelte auf der Straße sein Leben, während der Kampf um seine Leiche von neuem entbrannte. . . . .

Und warum das alles? Warum diese roten Nächte? Warum das warme Blut auf den Straßen, die Flüche und das Wutgeschrei in der frühlingsschwangeren Luft? Weil eine herrschsüchtige und verblendete, von Pfaffen mißleitete und vom kapitalistischen Furor erfüllte Minderheit dem Volke sein elementarstes Recht mit zähler Bissigkeit vorenthält! Das allgemeine Wahlrecht ist eine Forderung, über deren Berechtigung man heutzutage nicht mehr diskutiert. Auch die belgischen Klerikalen haben nicht einmal einen Scheingrund, es dem Volke zu wehren: nur ihrer bornierten Herrschsucht wollen sie dies „Opfer" nicht abringen. Und doch werden sie nachgeben müssen. Ob heute oder morgen — der Sieg des Volkes ist sicher. Aber die Regierung als Vertreterin der klerikalen Minderheit versucht, die Gelegenheit zu einem entscheidenden Schlag gegen den immer mächtiger werdenden Sozialismus auszunützen: sie will das Blutvergießen, sie will — nach Bismarckschem Rezept — den roten Saft fließen lassen; weißbluten soll sich das Volk, damit es geduldig in das Doppelsoch ökonomischer Ausbeutung und politischer Unterdrückung zurückgeführt werden kann. Daher hat sie sich ein provisorisches Budget am Sonnabend votieren lassen; kann sie die Kammer auflösen, die sozialistischen Abgeordneten gefangen setzen, das Volk vor die schießenden Flinten treiben, dann meint sie, auf Jahre hinaus noch einmal ihre Herrschaft sichern zu können. Aber, es ist zu spät! Ob die Armee schießen würde, ist mindestens zweifelhaft und gegen den für gestrigen Montag beschlossenen Generalstreik helfen auch keine Flinten. Und der Generalstreik wird auch in der Provinz durchgeführt werden, in der bis jetzt nur an einzelnen Stellen das revolutionäre Feuer emporgeschlagen ist. In wenigen Tagen muß die Entscheidung fallen. Die Regierung trägt die Verantwortung, wenn es eine rote Woche wird, die gestern begonnen hat.

*) Um die Vorgänge in Belgien an Ort und Stelle beobachten zu können, ist Genosse Dr. Südekum nach Brüssel gereist. Die vorliegende Korrespondenz stammt aus seiner Feder und ist sehr zu begrüßen, da es durch sie möglich ist, die Nachrichten aus trüber offiziöser Quelle zu kontrollieren.

Zur Ergänzung unserer nebenstehenden Korrespondenz seien noch einige Meldungen mitgeteilt: Der Privatkorrespondent der Frankf. Ztg. telegraphierte am Sonntag vormittag: Heute nacht hat es also in Brüssel die ersten Toten gegeben. Der Peuple erscheint heute mit Trauerrand und der Ueberschrift: On massacre à Bruxelles. Während in der ganzen übrigen Stadt die Aufforderung der sozialistischen Parteileitung streng befolgt wurde und keine Zusammenstöße erfolgten, gestalteten sich die Ereignisse in jenen ärmsten Quartieren der Altstadt, wo die sogenannten Marolliens wohnen, zu einer gewaltigen Tragik. Die Straßen sind dort eng und bergig, dunkle Gassen und Sackgassen giebt es die Fülle. Wie unvernünftig und sinnlos die Polizei und besonders die verhaßteste Truppe im Lande, die Gendarmerie, vorgeht, das zeigte schon die gestrige Verhaftung Vandervelde's.

In der Maison du peuple ist seit den letzten Abenden ein Hospital errichtet. Als nun heute nacht die Gendarmerie dem Volke nicht erlauben wollte, seine Toten und Verwundeten dorthin zu bringen, nahmen die Kämpfe eine infernale Gestalt an. Die gemäßigte Etoile Belge schreibt: Das Blut floß heute nacht in Strömen, es gab 3 Tote und etwa 100 Schwerverwundete.

Sonntag abend depeschierte derselbe Korrespondent über die Vorgänge am Sonntag: Das geplante große Meeting wird morgen abend in Molenbeek nicht abgehalten, da man bei der Rückkehr der Teilnehmer auf Brüsseler Gebiet blutige Zusammenstöße befürchtet. Das Volkshaus bleibt heute abend geschlossen. Auf dem Dach ist eine rote Fahne, mit schwarzem Trauercrepe umflort. Der heutige Sonntag verlief bei prachtvollem Frühlingswetter in Brüssel und nach den bisher vorliegenden Nachrichten aus der Provinz völlig friedlich. Man könnte fast an eine leise Beruhigung nach den grauenvollen Vorgängen der letzten Nacht glauben. Die Umgebung des Volkshauses ist auch heute abend von der Bürgergarde besetzt.

Alle sozialistischen Gewerkvereine der Hauptstadt haben beschlossen, am Dienstag den Streik zu beginnen. Vandervelde forderte vom Balkon des Volkshauses die Menge auf, heimzugehen und nicht zu manifestieren, aber die Menge schrie ihm zu: „Manifestieren wollen wir nicht, aber unsere Toten wollen wir rächen." Den energischen Bemühungen Vandervelde's scheint es gelungen zu sein, die überhitzte Menge in der Rue Haute und Nachbarschaft des Volkshauses zu beschwichtigen. Heute abend gab es nur unbedeutende Zusammenstöße.

Bürgermeister Demot läßt dementieren, daß er Vandervelde förmlich um Entschuldigung gebeten habe. Beim Auseinandergehen reichten sich beide die Hände: „Verhalten Sie sich ruhig", sagte Demot. „Und Sie auch", erwiderte Vandervelde. Der Peuple will Beweise besitzen, daß bei den Ausschreitungen der letzten Nächte vielfach Lockspitzel die Hände im Spiel hatten. Die sozialistische Parteileitung arbeitet mit Hochdruck, um weiteres Blutvergießen zu verhindern. Der Peuple schreibt: „Wir rufen der Arbeiterklasse zu: Vermeidet die Metzeleien, geht nicht — heldenhaft, aber toll — in die Falle Eurer schlimmsten Feinde! Um jeden Preis, Genossen, kein Blutbad mehr! Versuchen wir das letzte legale Mittel! Auf zum allgemeinen Streik!"

Die sozialistische Parteileitung erläßt einen Aufruf an die Bevölkerung von Brüssel. Am Schlusse desselben wendet sie sich an die Bourgeoisie: „Wir verlangen nur eine einzige Sache, die Abschaffung eines Wahlprivilegs, das dauernd der Gerechtigkeit und der Würde der Arbeiterklasse Gewalt anthut. Wir haben geschworen, die politische Gleichheit zu erobern. Vereinigt Euch mit dem Proletariat, um diese gerechte Sache zu verteidigen. Die Stunde ist gekommen, den Eid von St. Gilles zu halten."

Der Peuple veröffentlicht eine von bürgerlicher Seite kommende Anregung, wonach alles, was Belgien an Gelehrten, Künstlern, Schriftstellern, Richtern und Aerzten besitzt, sich versammeln soll, um den König durch eine Delegation zur Herstellung des bürgerlichen Friedens und um Auflösung der Kammern zu bitten. Das sozialistische Organ wendet sich ebenfalls an den König:

„Es hat Tote gesetzt, Majestät, wenn Sie der Vermittler und Retter des inneren Friedens werden wollen, so zögern Sie nicht und beenden Sie den Bürgerkrieg. Das würde erst die wirkliche Krönung Ihrer Regierung sein, wenn Sie uns starre Republikaner durch eine weise und versöhnliche Haltung dazu bringen könnten, Ihre Einmischung zu segnen."

Durch den Appell an den König zeigen unsere belgischen Parteigenossen, daß sie sich ihrer Verantwortung in dieser wildbewegten Zeit bewußt sind. Wer nur einigermaßen mit der Geschichte der belgischen Sozialdemokratie vertraut ist, wird wissen, daß dieselbe niemals ihre republikanischen Prinzipien verleugnet und an der Person Leopolds II. scharfe Kritik geübt hat. Wenn sich die Sozialisten trotzdem in diesen kritischen Tagen an den König wenden, zeigen sie, daß sie kein Mittel unversucht lassen wollen, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden. Der Appell an den König ist der schwerste und letzte Schritt, den die belgischen Parteiführer, die man gewiß nicht des Opportunismus zeihen darf, thun können. Sie haben dann alles gethan, was zu thun war. Wird dann noch Blut fließen, so kommt es über die Regierung und den König.

Ueber die Bewegung in der Provinz am Sonntag meldete das offiziöse Wolffsche Bureau:

Lüttich, 13. April. Gestern abend bewegte sich ein Zug von etwa 3000 Personen durch die Straßen der Stadt. Es wurden Steine in die Fenster von Privathäusern geworfen. Die Scheiben in mehreren Straßen wurden durch Steinwürfe oder Stockschläge zertrümmert, auch etwa zehn Revolverschüsse abgegeben. Vor dem Volkshause staute sich der Zug. Hier fand eine Volksversammlung statt, wobei heftige Reden gehalten wurden.

Charleroi, 13. April. In die Räume der katholischen Vereinigung in Timeon wurde nachts eine Bombe geworfen. Die Explosion richtete bedeutenden Schaden an. Zwischen Courcelles und Trazegnies war ein Telegraphenpfosten abgesägt und quer über die Schienen gelegt worden. Er wurde entfernt, bevor ein Unfall entstand. Die Telegraphendrähte sind durchschnitten. In Mons werden nachmittags zwei Schwadronen Jäger konsigniert.

In Gent kam es zu Reibereien zwischen Soldaten und Unteroffizieren. Die Soldaten weigerten sich, in die Kasernen zurückzukehren.

In Antwerpen wurde der Sonntag dadurch charakterisiert, daß eine nicht unbedeutende Anzahl Soldaten — von der Polizei wird dieselbe auf 30 angegeben — dem sozialistischen Meeting in Uniform beiwohnte und die Marseillaise sang. In Arlon durchzog die Menge die Straßen zum Vereinslokal. Nach der Versammlung wurden mehrere Schüsse abgegeben. In La Louvière ist die Lage ernster. 25000 Arbeiter streiken. Weniger vorgeschritten ist die Bewegung in Lüttich. Die Arbeiter sind erbost darüber, daß sie jüngst nicht unterstützt wurden.

In Enghien fand eine Kundgebung zu gunsten des allgemeinen gleichen Stimmrechts statt, bei der mehrere Sozialisten Ansprachen hielten, darunter der bekannte christlich-soziale Abgeordnete Daens.

Ein bürgerliches Depeschenbureau bringt über die Begebenheiten am Montag folgende Nachrichten:

Brüssel, 14. April. „Dank" der in umfassendster Weise getroffenen Maßregeln gelang es den Ruhestörern nirgends, ernsthafte Tumulte zu erregen. Jede Zusammenrottung wurde sofort zersprengt. Auch der Mäßigung der Sozialisten, die auf Anraten ihrer Führer jede Ansammlung vermieden, sowie der strengen Bewachung der nach der Rue Haute führenden Straßen ist es zuzuschreiben, daß keine blutige Zusammenstöße ausblieben. Doch ändert dies nichts an dem Ernst der Situation.

Die Taktik der sozialistischen Führer, den Kampf wieder auf legalen Boden zu verpflanzen und zu diesem Zwecke auch das Volkshaus am Abend zu schließen, soll augenscheinlich die Regierung veranlassen, von der Auflösung der Kammer abzusehen und am Mittwoch die Diskussion über die Neuderung der Verfassung aufzunehmen. Auf diese Weise allein können sie sich die Aktions und die Sympathieen aller Liberalen und Demokraten zurückgewinnen; nur so können sie der Bewegung zu gunsten des allgemeinen Stimmrechts zu einem ersten Siege verhelfen. Gestern nacht sind mehrere tödliche Verwundungen meist unschuldiger Personen vorgekommen.

Wegen des heute ausgebrochenen Aufstandes werden das Kammergebäude, das Rathaus, das Volkshaus und mehrere Staatsgebäude durch starke Abteilungen der Bürgergarde beschützt. Die Truppen sind konsigniert. Die Regierungskreise scheinen dem Ausgang der Krise ohne Besorgnis entgegenzusehen (???).

Die Verwaltung der Straßenbahn hat Vorkehrungen getroffen, um zu verhindern, daß die eisernen Kästen, welche längs der Untergrundbahn angebracht sind, nicht mehr entfernt werden können, um den Demonstranten, wie dies in der letzten Zeit wiederholt vorkam, zur Erbauung von Barrikaden zu dienen. Die Stadtverwaltung hat aus demselben Anlaß den Befehl erteilt, sämtliche Bretterverschläge von den Bauten zu entfernen. Den verschiedenen in Brüssel garnisonierenden Regimentern sind bereits gestern scharfe und Platzpatronen zugeteilt worden, damit alles bereit ist, falls das Militär zur Unterstützung der Bürgerwehr berufen werden sollte.

Brüssel, 14. April. Die Regierung scheint keinerlei Zugeständnisse machen zu wollen. Am Dienstag wird auch die **dritte Miliztklasse einberufen worden.** Gleichzeitig wird wahrscheinlich der **Belagerungszustand** erklärt werden. Die Zahl der Opfer der verschiedenen Zusammenstöße ist sehr beträchtlich.

Stadtverordneten-Sitzung

vom 14. April 1902, nachmittags 4 Uhr.

Vorsitzender: Dittenberger.

Eingegangen ist eine Petition des Versicherungs-Subdirektors Lotsche, Berlin, der hier in Halle zu viel Wassergebühr bezahlt haben will. Die Sache wurde dem Magistrat überwiesen. Eine Petition mit 118 Unterschriften fordert, daß ein Weg an der Dessauerstraße als Kommunikationsweg übernommen wird. Diese Angelegenheit wird auf vier Wochen zurückgestellt. Eine Interpellation mit 16 Unterschriften, betreffend eine Anfrage, ob der sogenannte Mittelweg an der Peißnitz eingezogen werden soll, wird in der nächsten Versammlung dem Bürgermeister v. Holly beantwortet werden. Nach der Verlesung und Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 7. April wurde in die Tagesordnung eingetreten.

1. Die Ueberschreitungen im Rechnungsjahre 1900 bei Kapitel XIII, Bauwesen, in Höhe von 27688.48 Mk. werden aus den Etatsüberschüssen nachbewilligt. Zur Begründung wurde auf die Erläuterungen des Stadtbauamts unter dem Hinweis Bezug genommen, daß die Mehrausgaben im wesentlichen bei dem Erweiterungsbau der Liebenauer Volksschule (mit zirka 12600 Mk.) vorgekommen sind.

2. Vier Eingaben, die Fluchtlinienfestsetzung und den Ausbau der Ulrestraße betreffend, werden nach den Vorschlägen der Baukommission dem Magistrat als Material überwiesen. Eine Anfrage des Stadtv. Thiele, ob das ganze Projekt vom Stadtausschuß noch einmal an das Kollegium gelange, oder ob eventl. heute in eine erneute materielle Prüfung eingetreten werden müsse, wurde vom Stadtbaurat zur Zufriedenheit des Fragestellers beantwortet.

3. Der Ausbau der Straße L im südlichen Bebauungsplan zwischen Merseburgerstraße und Thomasiusstraße wird nach dem Magistratsantrage mit dem Zusatzantrage der beiden Kommissionen beschlossen.

4. Die Umpflasterung der Kleinen Märkerstraße zwischen Leipzigerstraße und Diakonat wird gutgeheißen. Die dazu bewilligten 720 Mk. gehen nicht wieder in die Kämmereikasse zurück. Auf Anfrage des Stadtv. Krüger wurde vom Referenten Stephan erklärt, daß auch die Bordschwellen 2c. umgelegt werden.

5. Die Kanalisierung der Westseite der Beesenerstraße zwischen Hutten- und Buggenhagenstraße wird nach dem Magistratsantrage mit dem Abänderungsantrage der Baukommission beschlossen.

6. Die Herstellung einer Verbindungstreppe zwischen Martinsberg und Poststraße wurde abgelehnt. Der Magistrat fordert dazu 2000 M. aus dem Dispositionsfonds und führt begründend aus, daß die provisorische Holztreppe, die neben dem Kaiserdenkmal in die Anlagen hinabführt, zur dringenden Notwendigkeit geworden sei. Der Referent der Baukommission, Stadtv. Gygas, spricht gegen eine massive Treppe und hält es für selbstverständlich, daß die Holztreppe dort bald weggenommen wird. Den Magistratsantrag möge man ablehnen. Stadtbaurat Genzmer tritt für die Magistratsvorlage ein, darauf hinweisend, daß es schwer ist, gegen einen Baukommissionsbeschluß zu stimmen.

Stadtv. Krüger stimmt mit Genugthuung dem Baukommissionsbeschlusse zu. Die Vorlage mache den Eindruck, als wolle man durch die Treppe noch das Denkmal verherrlichen. Wenn man für das Auge etwas thun wolle, so möge man in der Robert-Franzstraße Wandel schaffen. Zur Herstellung der Verbindung zwischen Martinsberg und Poststraße genüge ein schräg angelegter Weg und die Kosten für eine solche Monumentaltreppe könne man sparen.

Der Antrag des Stadtv. Schmidt, die Holztreppe wegzunehmen, wurde angenommen.

7. Zum Pettenkofer-Denkmal in München fordert der Magistrat 500 M. unter dem Hinweise, daß dem am 9. Februar 1901 verstorbenen Gelehrten das Städtewesen und auch die Stadt Halle sehr viel verdankt. Die Finanzkommission beantragt, nur 200 M. zu bewilligen.

Stadtv. Thiele erklärt namens seiner Parteifreunde, daß er das Verdienst des Gelehrten Pettenkofer uneingeschränkt anerkenne und daß dieser Mann vom Standpunkte der Ehrung aus viel mehr als fürstliche Personen eine Denkmal verdiene. Die Ehrung eines Mannes wird aber nicht durch die Versagung eines toten Denkmals beeinträchtigt. Im übrigen liege

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020416-11/fragment/page=0005

es nicht einmal im Geiste des Vaters der neuzeitlichen öffentlichen Gesundheitspflege, diesen durch ein solches Denkmal zu ehren. Er, Redner, und seine Freunde würden deshalb gegen die 500 und auch gegen die 200 M. stimmen.

Stadtv. Kohlschütter will auf die Einwürfe des Vorredners nicht eingehen, da dieses zu philosophischen Auseinandersetzungen führen würde. Die Ehrung durch Denkmäler sei eine uralte Sitte und bestehe, so lange die Menschen gelernt haben. Deshalb möge man von der Sitte nicht abweichen und die beanspruchten 500 Mk. bewilligen. Nicht bloß andere Städte, sondern auch besonders Halle sei dem Manne zu Dank verpflichtet. Der Magistratsantrag wurde abgelehnt und der Antrag der Finanzkommission (200 Mk.) wurde angenommen.

8. Die Fluchtlinienfestsetzung für die Delitzscherstraße zwischen Riebeckplatz und Eisenbahnüberführung führte zu einer sehr ausgedehnten Debatte.

Die Stadt besitzt an der an Riebeckplatz beginnenden Delitzscherstraße einen Streifen Land von knapp vier Meter Breite. Als voriges Jahr auf diesem Streifen massive Verkaufsläden errichtet werden sollten, fragte Frau Riebeck, welcher das hinter dem städtischen Landstreifen gehörige Grundstück gehört, an, wodurch sie ihr Frontrecht verloren habe. Sie erbot sich auch, der Stadt den Streifen abzukaufen, falls ihr Frontrecht verloren gegangen sei. Bei erneuter Prüfung der Frage will nun der Magistrat „festgestellt" haben, daß eine „förmliche Feststellung" der Fluchtlinie nach dem Gesetz vom 2. Juli 1875 nicht stattgefunden habe. Allerdings sei das damalige Projekt des Straßenbaues beim Bau des Bahnhofes von der Bahndirektion ordnungsgemäß ausgeschrieben und von der Landespolizei genehmigt worden, auch sei von keinem der beim Termin anwesenden Privatinteressenten Einspruch gegen die vorgesehene Festlegung der Fluchtlinie erhoben worden, aber trotzdem solle jetzt die Fluchtlinie so gelegt werden, daß der **knapp vier Meter breite Streifen städtischen Landes als zur Straße gehörig betrachtet wird und das Riebeckche Grundstück somit unmittelbar an die Straßenfront rückt.**

Stadtv. Thiele tritt ganz entschieden gegen die geplante Festsetzung der Fluchtlinie auf, die nichts anderes bedeute, als ein Geschenk **von vielleicht 100 000 Mark** an die Besitzer des Riebeckschen Grundstückes. Die Festlegung der gegenwärtigen Fluchtlinie sei vollständig gesetzmäßig erfolgt, und Riebecks haben dadurch das Frontrecht verloren. Bei der jetzigen Fluchtlinie könne die Stadt als Besitzerin des Vorlandes auf Riebecks einen Druck ausüben; bei der neuen Fluchtlinie werde der Stadt dagegen alle Macht aus der Hand genommen. Bei seiner Einführung ins Kollegium sei ihm eindringlich bedeutet worden, als Stadtverordneter habe er das Wohl der Gesamtheit zu fördern, nicht das von einzelnen Personen. Wenn das Kollegium dem Magistratsantrag zustimme, verstoße es gegen diese Forderung.

Stadtv. Heiser bezweifelt, daß den Riebeckschen Erben durch die Fluchtlinie ein besonderer Vorteil geboten werde. Das Grundstück habe schon früher zur Delitzscherstraßenfront gehört. — Baurat Genzmer ist derselben Ansicht und weist darauf hin, daß durch diese Maßnahme die Straßenverbreiterung für die Zukunft gesichert würde. Eine notwendige Maßnahme solle man doch nicht unterlassen und wenn auch ein anderer dadurch Vorteil habe.

Stadtv. Richter ist der Ansicht, der Streifen sei ein sehr wertvolles Objekt für die Stadt und der Stadtbaurat habe früher, als ein Herr Weise das Land haben wollte, sehr ausdrücklich auf diesen hohen Wert aufmerksam gemacht. Redner beantragt, die Sache an die Bankkommission zurückzuweisen und die Besitzverhältnisse erst einmal klar zu stellen.

Stadtbaurat Genzmer wendet sich gegen den Antrag Richter, da es klar sei, daß der Streifen Land **der Stadt gehöre.** Nicht für die Gegenwart sondern für die Zukunft solle die Fluchtlinie festgesetzt werden.

Stadtv. Thiele tritt Herrn Genzmer scharf entgegen. Eine Verbreiterung der Straße sei weder notwendig noch möglich. Da die Bahnbrücke, die vor dem Bahnhofsplatz die Delitzscherstraße überspannt, nur 25 Meter Breite besitzt, nicht erweitert werden kann, habe es absolut keinen Sinn, die dahinter liegende Straße zu verbreitern. Denn wenn am Knie, wo sich der Verkehr anstaut und brechen muß, 25 Meter Breite ausreichen, werde das wohl erst recht der Fall sein, wenn der Verkehrsstrom sich dann auf gerader Linie bewegen kann. Doch selbst wenn eine Verbreiterung der Straße möglich und notwendig sei, so liege doch gar kein Grund vor, jetzt und in der geplanten Weise eine neue Fluchtlinie festzusetzen, da ja doch die Stadt jederzeit im Besitze des Vorlandes bleibe und jederzeit Aenderungen vornehmen könne. Es bleibe dabei, der Vorschlag des Magistrats bedeute ein Geschenk von außerordentlichem Werte an die Riebeckschen Erben.

Stadtbaurat Genzmer behauptet, der Vorredner befinde sich im Irrtum und die Stadtv. Apel, Heiser sowie Stadtrat Dönitz erklären, daß das Riebeckche Grundstück schon früher zur Straßenfront gehörte. Das könne noch heute durch ein bei dem Bahnhofsbau zugesetztes Thor nachgewiesen werden. Die Fluchtlinienfestsetzung sei notwendig, da jetzt keine Fluchtlinie besteht. Werde die Fluchtlinie jetzt nicht festgesetzt, dann könnten später bei der Straßenverbreiterung Schwierigkeiten gemacht werden. Auch die Stadt könne gesetzlich gezwungen werden Land herzugeben, und da könnte passieren, daß der Streifen bebaut werde. — Stadtv. Gygas sagt, auf den ersten Augenblick habe die Thielesche Ansicht etwas Bestechendes für sich. Wer aber die Verhältnisse kenne, müsse der Fluchtlinienfestsetzung zustimmen.

Stadtv. Thiele vertritt nochmals seine Ansicht und fragt, welche „Schwierigkeiten" denn später der Stadt erwachsen könnten. Das Allerschlimmste, was überhaupt geschehen könnte, was aber gar nicht wahrscheinlich sei, bestehe doch darin, daß später die Fluchtlinie so festgesetzt werde, wie Herr Genzmer sie jetzt vorschlägt. Es sei aber doch keine Art, dem denkbar Schlimmsten sich freiwillig zu unterwerfen und dabei ein äußerst **wertvolles,** unbestreitbares Besitzrecht der Stadt aufzugeben.

Nach Annahme eines Schlußantrages und nach Ablehnung des Antrags Richter, für welchen 20 Stadtverordnete stimmten, wurde der Magistratsantrag angenommen.

9. Mit der Herberge zur Heimat soll der bestehende Vertrag auf 20 Jahre (Magistratsantrag) bezw. 12 Jahre (Kommissionsantrag) verlängert werden. Nach dem seit 1898 bestehenden Vertrage ist die Herberge zur Heimat in der Wuchererstraße verpflichtet, den ihr von der Polizei zugewiesen Wanderern Kost und Nachtquartier zu gewähren und sie ev. vom Ungeziefer zu befreien. Da nun die Herberge einen Erweiterungsbau vornehmen will, soll der Vertrag verlängert werden.

Stadtv. Krüger spricht sich gegen die lange Vertragszeit aus und meint, ein Vertrag auf 6 Jahre wäre gerade lange genug, was er hiermit beantrage. Der Bau des Asyls für Obdachlose stehe bevor und wenn die Herberge sonst ihre Verpflichtung erfülle, so könne man den Vertrag, wenn man nach 6 Jahren noch kein Unterkommen für die Wanderer habe, wiederum verlängern. Redner wendet sich dann gegen die Ausnutzung der Wanderer, die ein Frühstück für 15, Mittagsbrot für 25 und Abendbrot für 20 Pf. bekommen und dafür arbeiten müßten. Eine Wohlthat sei das für die ohne Schuld auf die Landstraße Geratenen nicht. Durch die Ausnutzung gingen die Leute ebenso hungrig wieder weg, wie sie hierher kämen.

Stadtrat Schnackenburg wendet sich gegen den Antrag Krüger; es habe schon Mühe gekostet eine 12jährige Vertragszeit durchzusetzen. Die Wanderer sollten kein Almosen bekommen und es wäre nicht schlimm, wenn sie für Obdach und Logis etwas arbeiteten.

Stadtv. Thiele stellt die Frage, wie hoch sich die Zahl der von der Polizei überwiesenen Wanderer belaufe und wie der finanzielle Effekt sei. Er hält es ebenfalls nicht für rätlich, auf längere Jahre hinaus Verträge abzuschließen, da die Aussicht **bestehe, daß in einigen Jahren für die reisenden Handwerksgesellen in anderer Weise für Obdach gesorgt sei. — Stadtv. Über entgegnet, daß für Reinigung pro Jahr 900 M. und für Schlafen pro Nacht und Person 15 Pf. eingesetzt wären. — Stadtv. Krüger erklärt, daß die Beschäftigung der Wanderer insofern für diese von Nachteil wäre, da ihnen hierdurch die Gelegenheit, um Arbeit zu bekommen, erschwert werden könnte. Nach den Angaben des Stadtrats Schnackenburg sind 7057 M. für Naturalverpflegung in den Etat eingestellt. — Stadtv. Thiele befürwortet, daß sich die Stadt dasselbe Recht einräumen lasse wie bisher, wo der Vertrag nur auf 2 Jahre abzuschließen sei und weiter lause, wenn er nicht ein Jahr vorher gekündigt sei.**

Bürgermeister v. Holly ist der Ansicht, daß der Vorredner die Sache nicht richtig verstanden habe; der Grund für die Länge des Vertrages sei doch sehr einfach. Die Herberge müsse einen Neubau vornehmen, was doch Geld koste, und da verlange sie, um die Räume auch ausnützen zu können, Sicherheit.

Stadtv. Thiele entgegnet hierauf, daß Herr v. Holly ebenfalls wie Herr Genzmer mit Beziehung auf seine Person heute von „mangelndem Verständnis" gesprochen habe. Allerdings habe er, Redner, für manchen Vorschlag des Magistrats kein „Verständnis" und werde das wohl auch nie bekommen. Wenn aber Herr v. Holly mit seinen Worten habe andeuten wollen, dem Redner mangele die Fähigkeit, die Vorlagen zu verstehen, so rate er ihm, in Zukunft solche Bemerkungen zu unterlassen, denn auch er könne ungeheuer grob sein. — Bürgermeister von Holly erklärt, es habe ihm durchaus fern gelegen, dem Vorredner zu nahe zu treten; er habe nur sagen wollen, daß Herr Thiele die Sache nicht vom Standpunkt des Magistrats aus aufgefaßt habe. Er glaube nicht, eine Grobheit provoziert zu haben. — Stadtv. Thiele erwidert, wenn er über Einzelheiten nicht genügend unterrichtet sei, so sei allein der Magistrat daran schuld, indem dieser seine Vorlagen nicht genügend begründe. Der Antrag Krüger — Vertrag auf sechs Jahre — wurde abgelehnt und der Magistratsantrag angenommen.

10. Ueber die Petition des Haus- und Grundbesitzervereins H.-Trotha, betreffend Straßenausbau in den Vororten, wurde zur Tagesordnung übergegangen. — Stadtv. Emmer hatte Berücksichtigung der Petition beantragt in der Annahme, die dortigen Bürger würden übervorteilt. Er führte mehrere Fälle an, in denen Giebichensteiner Hausbesitzer doppelt zur Kanalsteuer herangezogen worden sind. — Stadtv. Schmidt wandte sich gegen den Antrag Emmer, der nur mit allgemeinen Redensarten begründet gewesen sei. Man müsse sich nicht auf den Standpunkt stellen, den Normalarbeitstag abzuarbeiten, wenn weiter nichts auf der Tagesordnung stehe. Zeit koste doch Geld. — Der Vorsteher Dittenberger unterstützte die Ausführungen Schmidts, und Stadtv. Emmer zog schließlich seinen Antrag zurück. — Die Punkte 11 und 12 wurden vertagt.

Ein nachträglich eingegangener Antrag. Den „angesehenen Herren", die für die Unterstützung der Buren im Monat Mai Theateraufführungen veranstalten wollen, wurde auch das Theater am 12. Mai — zu einer dritten Aufführung zur Verfügung gestellt. — Schluß der öffentlichen Sitzung ½8 Uhr. Darauf geschlossene Sitzung. —

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 15. April.

Aus dem Stadtverordnetensaale.

Sieben Punkte waren von der gestrigen Tagesordnung ohne wesentliche Debatten nach den Vorschlägen des Magistrats erledigt und nur der Bau einer weiteren Treppe vom Martinsberg nach der Poststraße, wofür 2000 M. gefordert wurden, war abgelehnt worden, als beim achten Punkte plötzlich eine recht lebhafte Debatte einsetzte. Harmlos lautete der Punkt „Fluchtlinien-Festsetzung für die Delitzscherstraße zwischen Riebeckplatz und Eisenbahn-Ueberführung". Und ebenso harmlos klang die Befürwortung des Magistratsprojekts durch den Stadtverordneten Heiser. Angeblich sollte die neue Fluchtlinie nur einer später vielleicht notwendig werdenden Straßenverbreiterung die Wege ebnen. Von sozialdemokratischer Seite wurde jedoch die geheime Schönheit des Projekts aufgedeckt, die darin besteht, daß sich die Stadt ohne jede Veranlassung eines äußerst wichtigen Besitzrechts entäußert zu gunsten des von der Straßenfront jetzt abgesperrten Riebeckschen Grundstückes. Die Herren Genzmer, Heiser, Gygas und Dönitz gebrauchten der Worte gar viele, um ihre schlechten Gründe für den Plan vorzubringen. Wären sie Nutznießer des Riebeckschen Grundstückes, sie hätten nicht wärmer für das Geschenk eintreten können. Welche seltsamen „Gründe" für die Vorlage ins Feld geführt wurden, ist im Sitzungsberichte nachzulesen.

An die Furcht vor unmöglichen späteren Schwierigkeiten wurde appelliert; die Zustände vor Jahrzehnten wurden eingehend erzählt; der städtische Landstreifen, der noch voriges Jahr von Herrn Genzmer als ungemein wertvolles Besitzstück der Stadt gepriesen worden war, wurde gestern von demselben Herrn als Prise Schmuptabak behandelt. Sogar der Antrag Richter, die Sache wenigstens nochmals an die Kommission zurück zu verweisen, wurde gegen 20 Stimmen abgelehnt und der Magistratsantrag angenommen, für den u. a. die Herren Schmidt, Apel, Heiser und Gygas stimmten. Das Kollegium hat damit die Urkunde ausgestellt, auf welcher den millionenschweren Riebeckschen Erben einst ein Hunderttausendmark-Geschenk der Stadt überreicht werden soll.

Zu einer weiteren Debatte führte der Antrag, den Vertrag zwischen der Stadt und der Herberge zur Heimat auf 12 Jahre abzuschließen. Bisher galt der seit 4 Jahren bestehende Vertrag auf 2 Jahre und wurde ruhig weitergeführt, wenn nicht eine einjährige Kündigung eingehalten wurde. Für die wesentliche Verschlechterung der Rechtslage der Stadt, die zweifellos in der zwölfjährigen Vertragsdauer liegt, wurde als Scheingrund angegeben, die Räumlichkeiten „genügten den polizeilichen Anforderungen nicht". Welcher Art die „polizeilichen Anforderungen" sind, und warum auf einmal etwas nicht genügt, was seit langen Jahren genügt hat, wurde dem Kollegium nicht verraten. Das ist ja auch nicht notwendig. Das Kollegium soll ja nach Herrn Reck mehr „Vertrauen" zu seinen Kommissionen haben, und da die bürgerlichen Stadtverordneten fast ohne Ausnahme in rührender Bescheidenheit mit den Brosamen zufrieden sind, die ihnen die höhere Weisheit der Kommissionen als „Gründe" zuzuteilen für nützlich findet, erscheint es kaum möglich, in diesem Punkte eine Aenderung herbeizuführen. Die Stadtvv. Krüger und Thiele mochten reden, was sie wollten. Ein Versuch des Herrn v. Holly, dem Stadtv. Thiele „mangelndes Verständnis" vorzuwerfen, erfuhr auf der Stelle die erforderliche Zurechtweisung, so daß Herr v. Holly revozierend erklärte, er habe nur gemeint, Thiele zeige nicht genügend Verständnis für den Standpunkt des Magistrats. Diese Fähigkeit wird wohl kein sozialdemokratisches Mitglied des Kollegiums zu erwerben trachten, so lange der Magistrat auf den jetzigen Bahnen wandelt.

Der Vertrag mit der Herberge zur Heimat wurde schließlich auf 12 Jahre verlängert und damit der Stadt eine vertragsgemäße Verpflichtung von etwa **85 000** Mk. auferlegt, da die jährliche Gegenleistung der Stadt über 7000 Mk. beträgt.

Nicht unerwähnt darf ein Moment sein, der sich kurz vor Schluß der öffentlichen Sitzung ereignete. Herr Roth hatte die Ueberlassung des Stadttheaters für eine dritte Buren-Vorstellung befürwortet und seine Darlegung mit dem Hinweis geschlossen, daß dadurch der Unterstützungsfonds noch mehr gestärkt werde, was sehr notwendig sei. Da ertönte durch den Saal ein laut vernehmbares Ja. Das Ja kam aus dem Munde des Herrn Jentzsch sen., der damit seit langer Zeit die erste Rede im Stadtverordneten-Kollegium gehalten hat.

Ja! Wir schlagen vor, dieses kurze, bedeutsame Wörtchen als Devise über den Saaleingang zu schreiben.

In der geschlossenen Sitzung

der Stadtverordneten wurde gestern die endgiltige Anstellung der Polizisten Belitz, Lorenz und Berthold, sowie die eines Bureau-Assistenten beschlossen. Der letzte Punkt der Tagesordnung war firmiert „Anträge, die Polizeiärzte betreffend". Man war darauf gefaßt, etwas Allgemeines über die Wirksamkeit dieser Herren zu erfahren. Das Referat des Herrn Richter führte jedoch auf ein ganz anderes Gebiet. Bisher waren als Polizeiärzte die Herren Dr. Thamhayn und Schreyer mit je 1500 M. und Dr. Rammelt mit 1000 M. Jahresgehalt angestellt. Sie haben die Prostituierten wöchentlich zweimal zu untersuchen. Herr Rammelt ist bei der Einverleibung der Vororte „mit übernommen worden", wie Herr Holly erklärte. Anscheinend hat es sich dabei mehr um einen Akt der Höflichkeit gehandelt, als um eine durch viele Arbeit gegebene Notwendigkeit. Seit 1¼ Jahren haben denn auch die Herren Schreyer und Rammelt die Arbeit allein verrichtet, da Dr. Thamhayn seit jener Zeit krank ist. Nun handelte es sich um nichts weniger als darum, daß die 4000 M., welche bisher für alle drei Aerzte gezahlt worden sind, für Schreyer und Rammelt allein gezahlt werden sollen und dem Dr. Thamhayn eine lebenslängliche Rente von 750 Mark ausgeworfen werden sollte. Die Finanzkommission war dem Antrage beigetreten, nur warf sie die Frage auf, ob Dr. Rammelt als bezahlter Angestellter noch Mitglied des Kollegiums sein könne, eine Frage, die jetzt etwas reichlich spät kommt, nachdem Dr. Rammelt seit zwei Jahren die Stellung eines Polizeiarztes bekleidet hat. Krüger und Thiele protestierten energisch dagegen, daß in dieser verschleierten Form eine Etatänderung vorgenommen werde. Herr Holly verwies darauf, daß doch auch den städtischen Arbeitern eine Unterstützung bei Invalidität gewährt werden sollte, Dr. Thamhayn habe 22 Jahre lange der Stadt treu gedient und befinde sich in mißlichen Verhältnissen. Rechtsanwalt Keil wollte den Thieleschen Einwand betreffs der Zulässigkeit der Rentenausmerfung in dieser Form nicht gelten lassen, da die 750 Mark dem Dispositionsfonds entnommen würden. Es wurde ihm von Thiele erwidert, daß das doch unmöglich sei, da Dispositionsfonds doch nur zu einmaligen Ausgaben, nicht aber zu dauernden Renten verwendet werden könnten. Herr Keil erwiderte nichts darauf; dafür lief aber ein Schlußantrag nach dem andern ein. Die ersten beiden wurden zwar abgelehnt, der dritte jedoch angenommen. Herr Gygas meinte, Thiele spreine die Budgetberatung im „hohen Hause" des Reichstags vor Augen zu haben und Herr Dittenberger erinnerte daran, daß seit Jahren derartige Angelegenheiten unbeanstandet in derselben Weise erledigt worden seien. Nachdem Thiele noch hervorgehoben hatte, daß er nicht grundsätzlich gegen die Rente für Dr. Thamhayn sei, daß er nur gegen die Form protestieren müsse, in der sie eingeschmuggelt werde, wurde der Magistratsantrag gegen die 5 sozialdemokratischen Stimmen angenommen. Auch die Herren Schmidt, Richter, Apel und Heiser stimmten dafür.

Glänzend hineingefallen

ist der Zigarrenhändler Fritz Grimm, wenn sich ein Gerücht bewahrheitet, das in Parteikreisen kursiert. Darnach soll über Grimms Geschäft in der Reilstraße abermals der Militärboykott verhängt sein, weil Grimm auch nach der Aufhebung des Militärboykotts im Volksblatt inserierte. Bewahrheitet sich das Gerücht, dann sind die Spekulationen Grimms gründlich fehlgeschlagen. Der Militarismus hat ihm bald gezeigt, daß man sich ihm voll und ganz zu Füßen werfen muß, wenn man seiner Gunst in geschäftlicher Beziehung teilhaftig werden will. Wir haben schon seiner Zeit darauf aufmerksam gemacht, daß für Grimm der Zeitpunkt, wo er einsieht, daß er gegen die Interessen der Arbeiterschaft gesündigt hat, früher kommen wird, als er es glaubt. Noch ist ein halbes Jahr nicht ins Land gegangen und Grimm hat den Militärboykott wieder. Nunmehr sitzt er zwischen zwei Stühlen und weiß sich nicht zu helfen. Vielleicht handelt er künftig mehr nach dem Grundsatz: Und was du bist, das sei ganz! Dann werden ihm ähnliche Enttäuschungen erspart bleiben.

* **Verfrühte Feier.** Wie das Berliner Tageblatt sich von hier melden läßt, ist die für nächsten Donnerstag angesetzte Jubiläumsfeier des sächsisch-thüringischen Zweigvereins der deutschen Zuckerindustrie abgesagt worden, weil die Beschlüsse der Brüsseler Zuckerkonferenz keine Feststimmung aufkommen ließen. — Das glauben wir den Liebesgabenempfängern gern.

* **Von der Waggonfabrik Gottfried Lindner** in Ammendorf werden, wie man uns schreibt, in auswärtigen Blättern tüchtige Schlosser gesucht. Wir meinen doch, daß hier in Halle genug tüchtige Schlosser arbeitslos sind. Natürlich für Löhne, die dort gezahlt werden (jüngere Schlosser 20—28 Pfg., Vorarbeiter 32—35 Pfg.), kann ein Familienvater seinen Verpflichtungen nicht nachkommen. Bemerkt soll werden, daß die Akkordlöhne sind. Bei diesen traurigen Lohnsätzen wird auch noch Feierabend-Arbeit verlangt, weil die bestellten Waggons schnell fertiggestellt werden müßten. Als am vorvergangenen Montag sämtliche Schlosser sich weigerten, Ueberstunden zu machen, wurde am anderen Morgen bekannt gegeben, wer heute abend nicht da bleibt, bekommt Feierabend. Daraufhin und in Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit blieben sämtliche Schlosser wieder nach Feierabend da. Herrn Lindner ist es aber nur darum zu thun, recht billige Arbeitskräfte zu haben, um, wenn die bestellten Waggons fertig sind, auch die billigen Arbeiter wieder hinauszuwerfen. Wir können nicht glauben, daß der Staat, welcher die Waggons nur wegen der großen Arbeitslosigkeit in Auftrag gegeben hat, solche kurze Lieferungsfristen stellt. Im ganzen sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Firma Lindner tieftraurige, und es wäre sehr zu wünschen, wenn die dortigen Arbeiter sich mehr um ihre gewerkschaftlichen Organisationen kümmern würden, um dann gegen solche erbärmlichen Löhne Front machen zu können. Wir bitten alle arbeiterfreundlichen Blätter, hiervon Notiz nehmen zu wollen.

Die Zahlstelle des Schmiedeverbandes.

* **Der Tausendmarkschein eines Bettlers.** Vergangenen Freitag wurde hier ein Bettler verhaftet. Der Mann, ein hoher Sechziger, war bereits vor einigen Monaten wegen Bettelns festgenommen worden, und dabei hatte man in seiner Tasche einen echten Tausendmarkschein gefunden, der, wie Verwandte des Bettlers glaubhaft zu machen wußten, sein Eigentum war. Jetzt wurde der Mann abermals beim Betteln betroffen und zwar in einem Zustande, der jeder Beschreibung spottet: zerlumpt, schmutzig und voll Ungeziefer. Auf die Frage, ob er wieder einen Tausendmarkschein bei sich habe, leugnete er, doch wurde thatsächlich, als man seine Kleider reinigte, im Futter versteckt abermals ein Tausendmarkschein — ein anderer als damals — gefunden. Wie die Ermittlungen ergaben, hat

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190204 16-11/fragment/page=0006

der alte Bettler vor Jahren eine ansehnliche Erbschaft gemacht, ist aber seinem Fechtberuf treu geblieben und verwahrt nun sein Geld vor seinen Verwandten an allerhand unglaublichen Verstecken. — Die bürgerliche Presse benutzt den Fall, um zur Vorsicht bei Unterstützungsverabreichung zu warnen. Dazu ist der Fall nicht geeignet. Es gehört denn doch ein eigenartiger Charakter dazu, mit einem Tausendmarkschein in der Tasche das erbärmliche Leben eines Bettlers zu führen.

* **Der Druckfehlerteufel** hat den Reaktionsgelüsten der hallenschen Zeitung etwas nachgeholfen. Bekanntlich verfügt das reichsstatistische Amt über eine soziale Abteilung. Per Draht läßt sich nun das Blatt für seine heutige Morgenausgabe melden:

Berlin, 15. April. Es werden von der sozialistischen Abteilung des statistischen Amtes Vorbereitungen getroffen, um den Arbeits-Nachweis über das ganze Reich zu organisieren.

Wenn das sozialistische Gift erst so tief in das statistische Amt eingedrungen ist, dann kann man es der hallenschen Zeitung nicht verdenken, wenn sie darüber ärgerlich ist.

* **Weil er nicht in die Schule gehen wollte,** sprang ein 9jähriger Knabe im Hause Mühlberg 9 vom zweiten Stockwerk durch das Fenster auf die Straße. Er brach ein Bein und mußte in die Klinik gebracht werden.

* **Gestorben** sind in der vergangenen Woche in Halle-Süd 43 Personen und zwar an: Schwäche 3, Schwindsucht 7, Luftröhrenkatarrh 1, Hirntumor 1, Schlaganfall 1, Schlagadergeschwulst 2, Magenkatarrh 2, Hirnhautentzündung 3, Herzmuskelentzündung 1, Skrofulose 1, Bauchfellentzündung 1, Gelbsucht 1, Rhachitis 1, Starrkrampf 1, Krebs 2, Krämpfen 1, Sclerose 1, Herzstich 1, Lungenentzündung 2, Lungenödem 1, Diphtherie 1, Schlagfluß 1, Lungengangrän 1, Grippe 1, Zuckerkrankheit 1, Herzmuskeldegeneration 1, Eklampsie 1, dazu Totgeburten 2. — Darunter befinden sich 5 in hiesigen Krankenhäusern verstorbene Ortsfremde.

In Halle-Nord verstarben in derselben Zeit 17 Personen und zwar an: Speiseröhrenverengerung 1, Trachitis 1, Schwäche 1, Lungenentzündung 3, akuter Miliartuberkulose 1, Gehirnhautentzündung 1, Schlaganfall 1, Pyaemie 1, Entrinken 1, Herzschwäche 1, Lungen- und Kehlkopfschwindsucht 1, chron. Herzmuskelentzündung 1, Leuchtgasvergiftung 1, Bronchitis-Rhachitis 1, Totgeburt 1. — Darunter befinden sich 3 in hiesigen Krankenhäusern verstorbene Ortsfremde.

* **Das Welt-Panorama** führt in dieser Woche die böhmischen Bäder: Teplitz, Karlsbad, Marienbad und Franzensbad vor in sehr klaren und schönen Aufnahmen, unter welchen besonders hervorragen die Dreifaltigkeitssäule, der Schloßgarten-teich, die Franz Josephs-Warte und das Semme-Denkmal in Teplitz; das Panorama von Karlsbad, die Stephanie-Warte, der Sprudel, die russischen Kirchen, das Villenviertel, die Partie bei Hans Heiling; der Blick auf Marienbad und die dortigen Brunnen, sowie die Luisenquelle und der Kursaal von Franzensbad. Auch der Marktplatz von Komotau ist interessant. — Nächste Woche: Konstantinopel.

* **Aus dem Bureau des Stadt-Theaters.** Für die letzte Aufführung des Schwankes Familie Knickmeyer gilt das Forben-Abonnement (Farbe weiß). Dem Schwank voran geht die Operette Des Löwen Erwachen, ebenfalls zum letztenmale, in Szene. Die 20. Aufführung des Schauspiels Alt-Heidelberg findet am Donnerstag statt. Das Farben-Abonnement ist aufgehoben, doch haben Beamten-Billets Giltigkeit. Das Hauptinteresse der letzten Woche der Opernsaison beanspruchte naturgemäß das Benefiz für die Ballettmeisterin Frau Stahlberg, für welches Meyerbeers große Oper Robert der Teufel neueinstudiert in Szene geht. Das in der Oper vorkommende Ballett und die dazu gehörige Musik zählt man zu den besten Schöpfungen beds Komponisten. Sämtliche Tänze sind von Frau Stahlberg arrangiert. Bei dieser Gelegenheit sei gern an die zahlreichen gelungenen Ballett-Arrangements der vergangenen Saison erinnert: an das große Faust-Bacchanal, an die Puppenfee, an das Weihnachtsmärchen Aschenbrödel, an den Ballett-Akt der Oper Samson 2c. 2c., für welche unsere Ballettmeisterin die Einsudierungen leitete. Robert der Teufel wird, da mit Sonntag die Oper schließt, nur einmal gegeben. — Heute, Dienstag, Samson und Dalila — Abschiedsvorstellung für Frl. Behnnee.

Merseburg. Die Lage der Merseburger Arbeiter Nach einer vom hiesigen Gewerkschaftskartell aufgenommenen Statistik ist die Lage der Arbeiter hier am Orte eine sehr traurige. Es waren an die Gewerkschaften Fragebogen ausgegeben und liegt das Resultat derselben jetzt vor. Die Maurer fehlen, da dieselben ihren Fragebogen leider nicht abgeliefert haben. Das Resultat ist folgendes: Von 650 Metallarbeitern, die am Orte beschäftigt werden, sind 160 organisiert, von 52 Holzarbeitern 19, von 80 Lederarbeitern 22, von 60 Zimmerern 20, von 26 Tabakarbeitern 23, von 35 Schmieden 14, von den ungelernten Arbeitern 105 und von ungefähr 220 Arbeiterinnen haben sich 13 dem Tabakarbeiterverband und 14 dem Fabrik- und Handarbeiterverband angeschlossen.

Gearbeitet wird pro Woche 49—66 Stunden. Der durchschnittliche Stundenlohn schwankt für männliche Personen zwischen 20 35 Pfg., für weibliche zwischen 10—12 Pfg. Ueberstunden werden nur bei den Holzarbeitern mit 5—10 Pfg. Aufschlag pro Stunde bezahlt. In den meisten Betrieben wird in Stundenlohn gearbeitet, nur die Schmiede arbeiten in 3 Werkstätten, die Lederarbeiter und Tabakarbeiter im Akford. Der Akfordverdienst beträgt bei den Schmieden durchschnittlich 20 Mk., bei den Lederarbeitern 17—20 Mk. und bei den Tabakarbeitern 16.50 Mk. für die Woche. Der Preis für die Wohnungen ist 90—150 Mk. pro Jahr. Ledige Personen bezahlen 2.50—3 Mk. Logisgeld pro Woche. Der Lebensunterhalt für die Familie beträgt je nach der Kopfzahl 15—18 Mk. und für die ledigen Personen 10—12 Mk. die Woche. Die Ausgaben für die Unterstützungskassen beträgt 35—50 Pfg. und die Leistung derselben in Krankheitsfällen 9—15 Mk., bei Arbeitslosigkeit haben nur die Metallarbeiter Anspruch auf Unterstützung.

Die Frage: Wie viel Tage im Halbjahr vom 1. April bis 30. September konnte nicht gearbeitet werden, war nur von den Holzarbeitern mit 7 angegeben worden. Der politischen Organisation gehören an: 13 Metallarbeiter, 3 Holzarbeiter, 3 Lederarbeiter, 1 Zimmerer, 1 Tabakarbeiter, kein Schmied und 20 Fabrik- und Handarbeiter.

Schlußbetrachtung: Niedriger Lohn, hohe Mietspreise und teurer Lebensunterhalt, und da soll ein Arbeiter noch sparen. Deshalb ist es notwendig, daß sich jeder Arbeiter seiner gewerkschaftlichen sowie politischen Organisation anschließt, um sich gemeinsam mit seinen Arbeitsbrüdern bessere Lohn- und bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Bedauerlicherweise sind von einzelnen Gewerkschaften die Fragebogen nicht so genau ausgefüllt worden, wie es in Anbetracht der Sache wünschenswert ist, und da das Kartell beschlossen hat, halbjährliche Fragebogen auszugeben, werden die Gewerkschaften ersucht, doch letzteres zu thun. G. R.

Merseburg. Der Verband der Fischer an der Saale und Unstrut hielt hier unter dem Vorsitz des Fischermeisters Mundt-Weißenfels seine Hauptversammlung ab. Die königliche Regierung zu Merseburg hatte als Vertreter Herrn Regierungsassessor v. Borcke entsandt. Es waren zahlreiche Fischer aus Könnern, Halle, Merseburg, Weißenfels, Naumburg, Kösen, Schulpforta, Dornburg, Jena anwesend. Es wurde die Tagesordnung für die am 31. Mai in Weißenfels stattfindende Generalversammlung des Fischereivereins für die Provinz Sachsen und das Herzogtum Anhalt durchberaten. Unter den verschiedenen zur Verhandlung stehenden Fragen hatte der Vortrag des Obermeisters Krause-Halle über die Verunreinigung der Saale besonderes Interesse; es sind bei Halle, Weißenfels und in der Unstrut zentnerweis Rübenschnitzel vorgefunden worden, durch welche der Fischerei große Schädigung zugefügt wird. Die nächste Versammlung soll in Halle abgehalten werden.

Unterwerschen. Naturaldienste müssen nach einem am vorigen Donnerstag gefaßten Beschlusse die hiesigen Hausbesitzer leisten. Wer sie verweigert, hat zwei Mark Strafe zu zahlen. Als Behinderungsgrund gilt nur Krankheit oder ähnliche dringende Angelegenheiten. Will ein Hausbesitzer von den Naturaldiensten befreit sein, so muß er vorher dem Ortsvorsteher davon Kenntnis geben. Um sich vor Strafe zu schützen, ist es gut, wenn sich die Hausbesitzer diese Bestimmungen fest einprägen.

Delitzsch. Verhaftet wurden ist hier wegen Unterschlagung von Mündelgeldern der Schneidermeister Schulze. Die Sache hat für uns einiges Interesse. Mit ihm verschwindet eine kleine volksparteiliche „Größe" von der politischen Bühne. Schulze war lange Jahre, oder mußte es sein, der Vorstand der hiesigen Freisinnigen und ihrer Vereine. Wo es etwas zu thun gab, mußte er es machen. Da er über kein Vermögen verfügte, mußte er sich redlich und schlecht durchs Leben schlagen. So lange seine Freunde, Kaufmann H. und Rentier Sch. lebten, ging's ja, die unterstützten ihn, wo sie es konnten. Als dann die „Wadenstrümpfler" die Oberhand bekamen, ließ man auch Sch. fallen und schob ihn als Vorstand beiseite; denn der geborene Führer des Bürgertums ist der Geldsack oder der Titel und nicht die Fähigkeit und Opferwilligkeit. Nun sitzt der arme Teufel im Elend, von uns bemitleidet, aber verspottet und verhöhnt von seinen Freunden, die ihn ganz gut über Wasser halten könnten, wenn sie ihn mit ihrer Kundschaft unterstützt hätten. Die Arbeiterschaft handelt darin solidarischer.

Bitterfeld. Direktor und Arbeiter. Das Anhalter Volksblatt schreibt: Von Arbeitern aus Bitterfeld hörten wir am Sonnabend die Klage, daß auf der chemischen Fabrik Elektron (Gesellschaft Griesheim) in Bitterfeld wohl für einen kürzlich verstorbenen Direktor zu einem Kranze gesammelt worden sei, daß dagegen für die am Mittwoch verunglückten Arbeiter (auch der dritte, Jordan, ist in Halle gestorben) ein ähnliches nicht geschehen sei. Wenn die Kriecherei unter den Arbeitern nicht noch sehr oft recht bedauerlich groß wäre, könnte so etwas nicht passieren.

Gommern. Der angekündigte Landfriedensbruchsprozeß, der im Mai zur Verhandlung gelangen wird, nimmt nach vorläufiger Schätzung über zwei Wochen in Anspruch.

Wittenberg. Ueber den gemeldeten Totschlag wird noch gemeldet. Der 32jährige Former Georg Ickler ist aus Weißenfors im Kreise Melsungen, wo seine von ihm seit sechs Jahren getrennt lebende Frau mit ihren und seinen Kindern wohnt. Hier arbeitete Ickler seit zwei Jahren in der Wetzigschen Maschinenfabrik und wohnte in deren Nähe bei dem Arbeiter Köbeler, mit dessen 17jähriger Tochter Helene er ein Liebesverhältnis anknüpfte, das ihm mehr Verdruß als Freude bereitet zu haben scheint, da es sich schon im vorigen Jahr bis zum Bruch lockerte, weil Ickler Grund zur Eifersucht zu haben glaubte. Daß er verheiratet und noch nicht geschieden ist, hat er der Familie Köbeler nicht verschwiegen, sondern die Thatsache auf das Drängen der K. zur Heirat, eingestanden. Nun kamen zwei Momente zusammen, die zum vollen Bruch führten. Die Unmöglichkeit der Heirat und die Thatsache, daß die K. noch ein zweites Verhältnis mit einem Mann unterhielt, der zur Zeit in Gnesen beim Militär steht. Er faßte den Entschluß, sich, nicht die Untreue, zu erschießen. Er verfaßte eine Art Testament, das er zu sich steckte, kaufte sich am Freitag einen Revolver und ging am Sonnabend schon früh um 5 Uhr von Hause weg, um seinen Entschluß auszuführen. Dann aber kam ihm der Gedanke, der K. noch einmal ihre ganze Nichtswürdigkeit und Untreue vorzuhalten. Er wußte, daß sie um ½7 Uhr nach ihrer Arbeitsstelle gehen würde und wartete in der Gegend der Bahnüberführung auf sie. Vorübergehende und in der Nähe beschäftigte Arbeiter haben dann, während die beiden an der Lutherecke vorbei gingen, einen sehr heftigen Wortwechsel zwischen beiden gehört. Die K. schimpfte auf J. und warf ihm ihr in Papier eingewickeltes Frühstück ins Gesicht. Nun packte den Verrogten auch die Wut, er schlang an der Ecke der Bäcker Billa Schmidt den linken Arm um ihren Hals und schoß ihr mit dem Revolver eine Kugel durch das rechte Auge in den Kopf, die sie sofort tötete. Nun richtete er den Revolver gegen sich selbst, doch ging dieser nicht los, weil die Sicherung hereingedrückt war. Während er diese herauszog, entlud sich der Revolver und der Schuß zerschmetterte ihm den linken Daumen. Nun begab er sich, von niemand aufgehalten, nach der Polizei, wo er entwaffnet und verhaftet wurde. Nachdem ihm dann im städtischen Krankenhause seine Hand verbunden war, wurde er in das Gerichtsgefängnis überführt.

Mühlberg a. E. Seit einigen Tagen steht den Arbeitern hier wieder ein größeres Lokal zur Verfügung. Vor nahezu einem Jahre war es, als der frühere Wirt des Preußischen Hofes glaubte, auch ohne die Unterstützung der Arbeiter auskommen zu können. Die Zeit hat gelehrt, daß dies nicht gut möglich ist, denn vorige Woche mußte das Grundstück gerichtlich verkauft werden. Jedenfalls zieht der neue Wirt aus dieser Thatsache die richtige Lehre, denn er hat den Arbeitern gegenüber schon erklärt, daß diesen sein Lokal jederzeit zur Verfügung stände. Es wird nun Sache der hiesigen Arbeiter sein, ihre Kundschaft den hiesigen Wirten, mit Ausnahme des Elbschloß-Restaurants, zu entziehen und nur in diesen beiden Lokalen zu verkehren.

Mühlberg a. E. Seit länger als 10 Jahren „baut" man im Kreise Liebenwerda schon an einer Kleinbahn, ohne jedoch bisher einen Spatenstich gethan zu haben. So umgefähr alle 2 Jahre wird ein Projekt herausgeleckt, von denen eins immer vollkommener sein soll als das andere. Jetzt streitet man auch wieder um des „Kaisers Bart". Die Mühlberger Bürger sind Feuer und Flamme für das diesmalige Projekt und bauen Petitionen und Resolutionen in allen möglichen Formen, während die Bewohner von Liebenwerda und Umgegend das Projekt bekämpfen, weil es angeblich die Kreisstadt Liebenwerda zu wenig berücksichtigt; auch hier fehlt es nicht an Resolutionen und dergl. Die Bauern aus der Liebenwerdaer Umgegend erklären im Kreisblatt, daß sie auch künftighin ihre Kohlen per Fuhrwerk befördern werden. (Vor solchen Bauern wird wohl der Fortschritt die Segel streichen müssen.) Das Ende vom Liede wird sein, daß das Kleinbahnideal bald wieder auf ein Jahr in die Vergessenheit versenkt wird.

Magdeburg. Die Geheimpolizisten in der Krankenkassen-Versammlung. Wie bereits mitgeteilt, waren in der letzten Generalversammlung der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Bezirk der Altstadt zwei Polizeibeamte erschienen, um die Versammlung zu überwachen. Die Krankenkassenversammlungen sind durch das Krankenversicherungsgesetz angeordnet worden; die vereinsgesetzlichen Bestimmungen über die polizeiliche Ueberwachung von Versammlungen finden demnach auf derartige Versammlungen keine Anwendung. Demzufolge verwahrten sich die Versammelten gegen diese Polizeimaßregel und da die Entfernung der beiden Beamten nicht erreicht werden konnte, so hob der Vorsitzende die Versammlung auf und wandte sich beschwerdeführend an den Polizeipräsidenten. Dem Beschwerdeführer ist nun folgender Bescheid zugegangen: Ihre Beschwerde vom 25. März 1902 ist unbegründet. In die am Montag, den 24. d. M., in der Wirtschaft Dreikaiserhof abgehaltene Versammlung sind zwei Polizeibeamte als Abgeordnete der Ortspolizeibehörde auf Grund des § 4 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 gesendet. Nach Nr. 3 der von Ihnen überreichten, in der Zeitung Volksstimme vorher bekannt gemachten Tagesordnung sollte u. a. in der Versammlung Bericht über die 8. Jahresversammlung des Zentralverbandes von Ortskrankenkassen zu Stuttgart und über die Gründung einer losen Vereinigung der Ortskrankenkassenvorstände in Magdeburg, sowie über die Gründung des Verbandes der Ortskrankenkassen im Bezirk der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt erstattet werden, eines Vereins, welcher nach seinen Statuten eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckt. Die Versammlung war eine solche, in welcher öffentliche Angelegenheiten erörtert oder beraten werden sollten, und die sich nicht auf die gesetzlich den Ortskrankenkassen zugewiesenen Aufgaben beschränkte. (§ 21 des Vereinsgesetzes.)

Der Polizeipräsident von Magdeburg behauptet zwar nicht, daß die Krankenkassenversammlungen der Polizeiaufsicht unterstellt sind, er hält aber diese Maßnahme für diese Versammlung für richtig, weil die hier zu erörternden Angelegenheiten „öffentliche" seien. Es mag dahingestellt bleiben, ob die hier in Frage stehenden Angelegenheiten als öffentliche im Sinne des Vereinsgesetzes anzusehen sind, auf jeden Fall stehen sie mit den, den Krankenkassen gesetzlich zugewiesenen Aufgaben in engster Verbindung. Aber selbst wenn die Generalversammlung beabsichtigt hätte, solche Angelegenheiten zu erörtern, die mit ihren Aufgaben nicht in Einklang standen, hätte die Polizei kein Recht gehabt, die Versammlung auf Grund der vereinsgesetzlichen Bestimmungen überwachen zu lassen. Der Polizeipräsident hätte sich mit seiner allerdings irrigen Auffassung an den Magistrat als die zuständige Aufsichtsbehörde wenden müssen, denn die Paragraphen 44 und 45 des Krankenkassengesetzes besagen ausdrücklich, daß die Aufsicht über Ortskrankenkassen in Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern unter Oberaufsicht der höheren Verwaltungsbehörde durch die Gemeindebehörden wahrgenommen wird. Gegen den seltsamen Bescheid des Polizeipräsidenten wird selbstverständlich sofort Beschwerde bei dem Regierungspräsidenten geführt werden.

Magdeburg. Unser Kampf gegen öffentliche Mißstände. Gegen den Rendanten der hiesigen Allgemeinen Ortskrankenkasse, Herrn Wendland, hat der Magistrat wegen dessen Aeußerungen im letzten Jahresbericht über die Behandlung Kranker in hiesigen Krankenhäusern Strafantrag gestellt. — Wie Krupp Sozialpolitik treibt. Wegen Arbeitsmangels mußten am Montag die Schmiede auf dem Krupp-Grusonwerk aufsetzen, hiervon werden ca. 60 Mann betroffen. Während sich das Einkommen des Herrn Krupp im letzten Jahre von 16 auf 21 Millionen erhöht hat, verschlechtert sich die wirtschaftliche Lage der bei ihm beschäftigten Arbeiter von Jahr zu Jahr. Das angesichts dieser Thatsache die Arbeiter mehr und mehr von der Notwendigkeit einer Aenderung des herrschenden Wirtschaftssystems überzeugt werden, ist wohl selbstverständlich.

Erfurt. Aus dem Reiche des Sparmisters. Am 8. Okt. v. J. ereignete sich auf der Station Langewiesa ein Eisenbahnunfall. Derselbe wurde dem Stationsaufseher Heinrich Schulze zur Last gelegt. Derselbe mußte sich in der vorigen Woche vor der Erfurter Strafkammer wegen Gefährdung eines Eisenbahntransportes verantworten.

Er hatte während des Rangierens eine Weiche umgestellt und dadurch veranlaßt, daß zwei Wagen entgleisten.

Die Verhandlung ergab das gewohnte Bild. Der Angeschuldigte hat zweifellos gegen die giltige Betriebsordnung verstoßen, aber als ebenso zweifellos wurde festgestellt, daß er an einhalb Dutzend Stellen zugleich hätte sein und zehn Hände und ebenso viele Füße hätte haben müssen, wenn er die Betriebsordnung gewissenhaft handhaben wollte. Der Staatsanwalt beantragte 30 Mk. Geldstrafe, das Gericht erkannte jedoch auf Freisprechung.

Kleine Provinzial-Nachrichten.

In Wettin wurde der Armenhäusler Reußner in der Nähe der Mühle aus der Saale gezogen. Es liegt jedenfalls Selbstmord vor. — Beim Bahnbau in demselben Orte wurde der Schachtmeister Nimmergut im Gesicht schwer verletzt. Ein italienischer Arbeiter erlitt gleichfalls Verletzungen. — In Merseburg hatte sich der Standesamtssekretär Heike im Gasthof zur alten Post soeben niedergelassen und den ersten Schluck Bier noch im Munde, als ihn ein Herzschlag traf, der den in den vierziger Lebensjahren stehenden Mann mitten im Freundeskreise hinwegraffte.

Versammlungsberichte.

Metallarbeiter.

Versammlung vom 12. April. Zum 1. Punkt der Tagesordnung, Abrechnung vom 1. Quartal, erstattet Kollege Kühne Bericht. Die Einnahmen beliefen sich auf 3897.22, die Ausgaben auf 3692.12, so daß ein Bestand von 205.10 Mk. verbleibt. Die Abrechnung ist geprüft und für richtig befunden. Sodann spricht Genosse Thiele über das Thema: Arbeit und Profit. Die äußerst interessanten Ausführungen, welche eine längere Diskussion hervorrufen, werden sehr beifällig aufgenommen. Zur Maifeier referiert kurz Kollege Ebeling. In allen Fabriken, wo es angängig ist, sollen Werkstattversammlungen stattfinden, in welchen Stellung zur Maifeier zu nehmen ist. Eine recht lebhafte Debatte ruft die Aufstellung eines Kandidaten zum Stuttgarter Gewerkschaftskongreß hervor. Kollege Kühne wird schließlich mit großer Majorität als Kandidat aufgestellt. Nach Erledigung einiger unwesentlicher Sachen erfolgte gegen 12 Uhr Schluß der Versammlung.

Eingeg. 15. 4. r.

Maschinisten und Heizer.

Die am Sonntag, den 6. April, abgehaltene General-Versammlung hat endlich Klarheit gebracht über das Verhalten einiger Kollegen, die schon lange daran herumgearbeitet haben, eine neue, kleine Organisation zu gründen. Sie wollen den Beitrag für Kartell und Sekretariat „sparen" und keinem Verbandsvorstand „hohe Gehälter" zahlen. Sie stehen also auf dem unreifen Standpunkte, den viele Arbeiter vor 20 Jahren einnahmen, den man aber für überwunden glaubte. Obwohl der Verbandsvorstand anwesend war und den Leuten ins Gewissen redete, nützte es nichts. Erst hatten die Sektierer gehofft, den ganzen Verein zum Abschwenken bringen zu können. Da gab es aber nichts. Sie haben nun einen Lokalverein gegründet, der von der Arbeiterschaft nicht als Organisation anerkannt wird. Unsern Arbeitsbrüdern rufen wir ein „Aufgepaßt" zu. H. H.

Brauereihilfsarbeiter und -Kutscher.

In der regelmäßigen Monatsversammlung erstattete Kollege Meier die Abrechnung vom ersten Quartal. Dieselbe wurde für richtig befunden. Gleichzeitig erstattete Kollege Haberland die Abrechnung vom Vergnügen. Als Delegierte zum Verbandstag sind gewählt: Kollege Köppe-Dessau, als dessen Stellvertreter Kollege Lepis-Halle. Zum Gewerkschaftskongreß sind als Delegierte aufgestellt: Bauer-Hannover, Staake-Hamburg und Weiderer-München. Hierauf erstattete Kollege Kröckel Bericht vom Gewerkschaftskartell. Unter Punkt Verschiedenes kommt es zu einer sehr lebhaften Debatte betreffs der Flaschenbierarbeiter, welche mit dem winzigen Lohn von 12—16 Mark abgespeist werden und immer mehr für inneren Betrieb verwendet werden, wo der vereinbarte Lohn 21 Mark beträgt. Hier wurde der Antrag gestellt, eine Kommission zu wählen, welche in den Brauereien vorstellig werden soll, um solche Lohndrückerei für immer verschwinden zu lassen. Weiter wurden die Vertrauensleute ersucht, eine Statistik auszuarbeiten über Arbeitszeit, Lohn und Sonntagsruhe. Kollege Scheibe ersucht um rege Beteiligung an der Feier des 1. Mai. Ein jeder Kollege soll selbst vorstellig werden beim Chef oder Braumeister, um den Weltfeiertag würdig begehen zu können. (Eing. 14. 4.) W. K.

Merseburg.

Gewerkschaftskartell. Sitzung vom 4. April. Die Zusammenstellung der statistischen Fragebogen war vom Schriftführer fertiggestellt und soll sofort im Volksblatt veröffentlicht werden. Der 2. Punkt, Zentralisierung der Gewerkschaftsbibliotheken, wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt, da die Zustimmung von mehreren Gewerkschaften noch fehlt. Bei dem Punkte: Maifeier, wird ein Antrag angenommen, dahin lautend: Die Gewerkschaften möchten sich doch dem Beschlusse des Sozialdemokratischen Vereins anschließen und sich schon vorher Referate über den Achtstundentag halten lassen. Der Soz. Verein hatte beschlossen, am Tage von jeder Veranstaltung abzusehen und am Abend eine öffentliche Volksversammlung mit einem auswärtigen Referenten stattfinden zu lassen; die Delegierten werden beauftragt, in ihren Gewerkschaften für

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190204 16-11/fragment/page=0007

möglichst zahlreichen Besuch zu sorgen. Die Ausarbeitung der statistischen Fragebogen für das Sommer-Halbjahr wird dem Vorstand überlassen. Zum Gewerkschaftskongreß in Stuttgart werden keine Anträge gestellt. Unter Kartellangelegenheiten wird beschlossen, unter den Bäckergesellen kräftige Agitation zu treiben, damit dieselben auch einmal aus dem Schlaf aufgerüttelt werden. Nach Erledigung kleinerer Sachen Schluß der Sitzung.

Nächste Sitzung 9. Mai.

Anwesend waren: 3 Metallarbeiter, 2 Fabrikarbeiter, 1 Lederarbeiter, 1 Maurer, 1 Holzarbeiter. Entschuldigt fehlten: 1 Lederarbeiter, 1 Holzarbeiter. Unentschuldigt fehlten: 1 Zimmerer, 1 Maurer, 1 Schmied, 2 Tabakarbeiter. (Eingeg. am 14. 4.) G. K.

Osmünde.

Am vorgestrigen Sonntag fand im Augustiniaschen Gasthofe eine Volksversammlung statt, welche dank der Gegenagitation der Gottenzer Genossen nur schwach besucht war. Genosse Albrecht-Halle referierte über das Thema: „Die Landbevölkerung und die Sozialdemokratie", wobei er die wichtigsten Punkte unseres Programms klarlegte. Eine Diskussion fand über den beifällig aufgenommenen Vortrag nicht statt, dagegen eine eingehende Aussprache mit den Gottenzer Genossen. Dieselben vertraten den Standpunkt: der Vertrauensmann hätte das Angebot des Osmünder Wirtes, seinen Saal zu Versammlungen herzugeben, nicht annehmen sollen. Ja, sie gingen sogar so weit, daß sie am liebsten gesehen hätten, wenn über den Osmünder Wirt der Boykott verhängt worden wäre, weil er seinen Saal hergegeben hat. Sie selbst hatten, wie es schien, bereits den Boykott verhängt. Denn sie verzehrten während der ganzen Versammlung nichts. — —

Die Genossen Lippold, Hoppe, Koch, Mauf, Scheibe und Albrecht verwiesen den Gottenzer Genossen klar zu machen, daß wir sehr gut dort zwei Lokale brauchen können, und daß die arbeiterreichen Ortschaften wohl im Stande wären, beide Wirte, sowohl den Gottenzer, Herrn Nötzler, wie den Osmünder, Herrn Augustiniak, zu unterstützen. Es war aber alles vergebens. Die Gottenzer Genossen blieben bei ihrer Ansicht stehen.

Auf eine eingegangene Anfrage, ob Herr Augustiniak auch in Zukunft sein Lokal zu Versammlungen hergeben würde, erklärte derselbe: „Jawohl, ich werde es immer zur Verfügung stellen."

Am Schluß dieser Debatte wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heutige Versammlung beschließt, da uns jetzt zwei Lokale zur Verfügung stehen, die Versammlungen abwechselnd abzuhalten."

Die Gottenzer Genossen enthielten sich der Abstimmung.

Aus dem Reiche.

Berlin. Ueber das Unwetter, das in der Sonntagnacht in Berlin und Umgegend niedergegangen ist, seien noch folgende Einzelheiten mitgeteilt: Das Haus Gerichtsstraße 23, welches sich an den Eisenbahndamm anlehnt, stürzte infolge eines Dammrutsches der Nordringbahn, wobei sich die Erdmassen gegen das Haus wälzten, ein. Die Mitglieder zweier in dem Hause wohnhaften Familien sind zum Teil schwer verletzt und mußten in ein Krankenhaus überführt werden. Arg gehaust hat das Wasser namentlich an den Eisenbahn-Unterführungen, wo es meterhoch stand und jeden Verkehr hemmte. Auch in der Kunstausstellung wurde großer Schaden angerichtet. Der Blitz hat mehrfach eingeschlagen, ohne jedoch zu zünden. Die Feuerwehr mußte bis gegen mittag im ganzen 280 mal ausrücken, während sie 400 Notmeldungen unberücksichtigt lassen mußte. Sie dürfte noch zwei Tage lang ununterbrochen zu thun haben, um allen Anforderungen gerecht zu werden. Im Abgeordnetenhaus mußte die Feuerwehr die in die Heizungs- und Maschinenanlage gedrungenen Fluten auspumpen. Am stärksten machte sich das Unwetter im Bahnbetriebe geltend. Die Züge auf der Nordbahn mußten wegen Unterspülungen des Fahrdammes in Pankow liegen bleiben.

Am Humboldhain stürzte kurz nach 6 Uhr, nachdem eben ein Vorortzug die Stelle passiert, unter donnerähnlichem Getöse die Böschung zusammen. Gegen 6 Uhr hatte ein Blitzstrahl die Maschine eines Nordringzuges getroffen; der Lokomotivführer sowie der Heizer wurden beide schwer verletzt. Auf der Anhalter Fernbahnstrecke brach der Damm in der Nähe der Monumenten-Brücke, der Verkehr mußte infolgedessen umgeleitet werden. Die Wiederherstellungsarbeiten werden von Mannschaften des 3. Eisenbahn-Regiments ausgeführt. Auch in den Vororten hat das Wetter arg gehaust. Die größten Verheerungen richtete das Unwetter im Norden der Stadt an. In der Invalidenstraße senkten sich an mehreren Stellen die Bürgersteige, so daß mannstiefe Löcher entstanden. Große Verwüstungen richteten die eindringenden Fluthen in den Kellern an. Vielfach retteten die Bewohner nur das nackte Leben. In der Gerichtsstraße stürzten zwei kleine Häuschen ein. In dem einen sank ein betagtes Schmiedepaar mit den Trümmern in das Erdgeschoß hinab und stand bis zum Hals im Wasser. Nur mit Mühe konnten die Leute von der Feuerwehr vom Tode gerettet werden. Große Verheerungen wurden auch auf den Paketpostämtern angerichtet. Auf dem Lehrter Bahnhofe stand das Paketpostamt so tief unter Wasser, daß alle Paketstücke schwammen.

Frankfurt a. M. Von einem schweren Unglücksfall wurde Amtsgerichtsrat Dr. Radt betroffen. Durch unvorsichtiges Umgehen mit einer brennenden Petroleumlampe waren die Kleider desselben in Brand geraten, so daß Dr. Radt mit schweren Brandwunden bedeckt ins Spital gebracht werden mußte. Der Bedauernswerte ist gestern nachmittag seinen Wunden erlegen.

Darmstadt. Wie der Frankf. Ztg. berichtet wird, beträgt die Summe, zu deren Zahlung sich der Großherzog für die standesgemäße Unterhaltung seiner geschiedenen Gattin verpflichtete, jährlich 50000 Mk.

Posen. Von den im Breschener Schulkrawallprozeß Verurteilten haben 15 Angeklagte Gnadengesuche eingereicht.

Bonn. Bootsunglück. Bei einer Kahnfahrt auf dem Rhein ertranken zwei Schriftsetzer. — Dasselbe Schicksal hatten zwei Personen, die bei Mainz eine Kahnpartie machten.

Altenburg. Eine Ordnungsstütze und eifriger Bekämpfer der Sozialdemokratie, der ehemalige Fabrikant Adolf Gebhardt, ist wegen betrügerischen Bankrotts zu drei Jahren sechs Monaten Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt worden. Er hat jahrelang mit Kellerwechseln manipuliert. Durch Vorlegung der gefälschten Bilanz gelang es ihm mehrfach, Kredit und Darlehen zu erhalten. Verschiedene Personen legte er mit Wechseln hinein. Als Gebhardt bankrott machte, eröffnete seine Frau das Geschäft wieder und er trat bei ihr als Geschäftsführer ein. Kurz danach meldete die Frau ebenfalls Konkurs an, den aber das Amtsgericht mangels jeder Masse nicht annahm. Dann wurde Gebhardt verhaftet. Durch seine jetzige Verurteilung hat auch seine politische Thätigkeit ein unrühmliches Ende gefunden.

Greiz. Weil ein Schutzmann seine Befugnisse überschritten hatte, wurde der Artist R. von der Anklage des Widerstandes freigesprochen. R. war von dem Schutzmann Vorwieger festgenommen und mit Handschellen gefesselt zur Polizeiwache transportiert worden wegen einer geringen Uebertretung, die von der Strafkammer mit 3 Mk. Geldstrafe geahndet worden ist. Der Staatsanwalt mußte selbst zugeben, „daß zur Festnahme jede Unterlage fehlte."

Vermischtes.

* **Verunglückte Luftschiffer.** Vom Deutschen Verein zur Förderung der Luftschiffahrt war der Ballon Berlin kürzlich von Berlin aus abgelassen worden. Der mit 4 Offizieren bemannte Ballon landete nach 4½stündiger Fahrt in der Nähe der Ortschaft Dambeck bei Grabow in Mecklenburg-Schwerin. Bei der Landung herrschte ein derartig starker Wind, daß der Korb, da der Anker vom Tau gerissen, fast ein Kilometer weit bald gehoben, bald geschleift wurde. Hierbei stürzten zwei der Insassen aus dem Korbe heraus; während der eine von ihnen ohne Verletzungen davonkam, wurde dem Führer des Ballons, Oberleutnant von Goetze, der Arm ausgerenkt.

* **Erdbeben am Baikalsee.** Am Sonnabend, früh 6 Uhr 40 Minuten, wurden in Irkutsk und in der Umgebung heftige Erderschütterungen verspürt; in der ersten Minute erfolgten 20 ziemlich starke, dann innerhalb einer Stunde vier starke und mehrere schwächere Stöße. Die Erdschwankungen betrugen 1½ Millimeter. Das Erdbeben war am stärksten am Ostufer des Baikalsees, wo Schornsteine umstürzten und in den Häusern Gegenstände herabfielen. In Werchne-Udinsk und auch im Westen des Sees trat die Erscheinung schwächer auf. Menschen sind nicht verunglückt.

* **Fürchterlicher Tod.** In dem Orte Zedelghem bei Brügge wollte ein gewisser Geevaert das Eisenbahngleis überschreiten, geriet dabei aber mit dem Fuße zwischen zwei Schienen, und alle Versuche, den Fuß wieder herauszuziehen, blieben erfolglos. Auf sein Hilfegeschrei kamen verschiedene Männer herbeigeeilt, aber auch diese waren nicht im stande, den jedenfalls bereits geschwollenen Fuß frei zu machen. Inzwischen hörte man mit einem Male den von Paris kommenden Schnellzug heranrollen, und nunmehr liefen einige der Dorfbewohner diesem entgegen, um ihn zum Halten zu veranlassen, während die übrigen ihre Anstrengungen um den durch die Schienen festgehaltenen Mann verdoppelten. Aber auch jetzt blieben alle Bemühungen erfolglos, und ebensowenig konnte der Zug zum Stehen gebracht werden. Vor dem heranbrausenden Zuge mußten die um Geevaert beschäftigten Männer sich schließlich zurückziehen und diesen seinem Schicksale überlassen. Halb wahnsinnig vor Angst, entsetzliche Hilferufe ausstoßend und verzweifelt an seinem Bein zerrend, starrte der Unglückliche dem sich rasch nähernden Zuge entgegen, von dem er gleich darauf zu Boden geworfen und zu einer formlosen Masse zermalmt wurde.

* **Vom Simplon-Tunnel.** Der übermächtige Wasserandrang, welcher fünf Monate lang die Arbeiten an der Südseite des ungeheuren Tunnels ins Stocken brachte, ist nunmehr überwunden. Es fließen in der Sekunde 1000 Liter ab. Der Abfluß ist derart geregelt, daß die Arbeiten an der Hauptdurchbruchstelle vorbei weitergeführt werden konnten. Auch hat das Wasser wenigstens das Gute im Gefolge, daß die Temperatur an der Spitze des Tunnels, die schon bis auf 31,5 Gr. Celsius gestiegen war, auf 21 Gr. zurückging. Nach der Bewältigung des Wassers stellte sich aber ein neuer Uebelstand ein. Man geriet in eine 20 Meter breite Schicht weichen, brüchigen Kalksteins, in dem das Vordringen nur mit Handarbeit und unter schrittweiser Ausfütterung der Tunnel-Höhlung mit Eisenkonstruktionen geschehen konnte; so kam man nur etwa 16 Zentimeter im Tage vorwärts. Ende März konnte zur großen Erleichterung der Beteiligten, Unternehmer wie Arbeiter, an der Spitze wieder mit Sprengstoff gearbeitet werden, nachdem vier Monate lang nur die Picke in Thätigkeit gewesen war. Zunächst wurden jetzt noch die Bohrlächer mit der Hand hergestellt, aber man kam doch 1½ Meter an einem Tage vorwärts. Mitte dieses Monats sollen die Bohrmaschinen wieder ihre Arbeit beginnen. Die Bauleitung hofft noch immer, an dem für die Eröffnung gesetzten Termin (Mai 1904) festhalten zu können und rechnet aus, daß dazu ein täglicher Fortschritt von 12 Meter — im Norden und Süden zusammen — nötig ist. Die Rechnung stimmt aber nur dann, wenn in Zukunft auch an den Sonn- und Feiertagen durchgearbeitet wird.

Letzte Nachrichten.

Brüssel, 15. April. Der gestrige Tag verlief sehr ruhig. Abends fanden in Jrelle, Gilen, Molenbek und Anderlech sehr gut besuchte Versammlungen statt. Die Redner ermahnten überall das Volk zur Ruhe und legten dar, daß der Generalstreik das einzige Mittel sei, das allgemeine Stimmrecht zu erobern. Vandervelde bat das Volk, sich zu keiner Gewaltthat hinreißen zu lassen. Die Zeiten seien vorüber, in denen das Volk das Militär unterwerfen konnte, wie im Jahre 1830; die einzige Waffe sei der mit eiserner Energie durchgeführte Generalstreik, der in unkundiger Hand ein zweischneidiges Schwert, in kundiger eine furchtbare Waffe werde. Eine Deputation oppositioneller Abgeordneter wird sich zum König begeben, um ihn als letzte Instanz zur Beilegung des Konflikts anzurufen, doch wird der Erfolg dieses Schrittes allgemein angezweifelt, da die konstitutionellen Rechte des Königs einer zu großen Beschränkung unterliegen. Der Peuple meldet, die Großindustriellen würden in einer Audienz beim König um Vermittelung mit den Interessen der nationalen Industrie bitten. Die liberale Partei beginnt sich zu rühren (?), die Jungliberalen schrieben den Sozialisten, um bei einer eventuellen Kundgebung mit ihnen zusammen zu gehen.

Brüssel, 15. April. Die Brüsseler Gewerkschaften schlugen gestern abend überall öffentliche Erklärungen an, daß der gesetzliche, allgemeine Ausstand gegen die Arbeitgeber gerichtet sei. Es heißt, daß bisher 7 oder 8 Personen gefallen seien. Die Toten werden auf Kosten der Arbeiterpartei begraben werden, die sich auch der hinterlassenen Waisen annehmen wird.

Essen, 15. April. Bei der für Sonnabend, den 19. ds., vorgesehenen Anwesenheit des Kaisers und des Kronprinzen, sowie etwa 50 hoher Offiziere auf dem Kruppschen Schießplatz Meppen werden 15 Zentimeter-Haubitzgranaten und ein neukonstruiertes Röhrenlauf-Feldgeschütz dem Monarchen vorgeführt werden. Krupp kehrt dazu eigens von Capri zurück. — Michel, thu' den Beutel auf! Es giebt neue Kanonen!

Weißenfels, 15. April. An einem Brückendurchlaß in der Nähe der Straße fand man heute früh den Kaufmann Dix von hier als Leiche.

Zeitz.

Die Arbeiter werden ersucht, sich zum Zwecke der Flugblattverbreitung beim Vorsitzenden des Kartells, Poigerstraße 28, zu melden. Bis jetzt sind nur wenige Adressen abgegeben. Es muß Ehrensache aller Kollegen sein, an der Agitation für die Organisationen teilzunehmen. Leider kann dieses bis jetzt nicht konstatiert werden. Von verschiedenen Verbänden haben sich überhaupt noch keine Kollegen zur Verbreitung gemeldet. Wenn diese ihre Verbände fördern wollen, so muß hier Lust und Liebe zur Arbeit Platz nehmen. Das Gewerkschaftskartell.

Quittung.

Im Monat März gingen bei der Parteihauptkasse folgende Parteibeiträge ein:

Aachen bei Metz, A. Sch. 20.—. Altona 2000.—. Berlin, 2. Kreis 200.—. 4. Kreis Südost 1000.—. 4. Kreis Ost 1000.—. 5. Kreis 150.—. 6. Kreis, Schönhauser Vorstadt 700.—. Diverse Beiträge 699.95. Breslau 50.—. Burtehude 3.—. Bern 50.—. Bremen 300.—. Chemnitz 500. Crimmitschau 150.—. Dresden-N., 4. sächsischer Reichstags-Wahlkreis 400.—. Dresden 5.—. Elsterberg 4.—. Falkenberg (Oberschlesien) 2.—. Frankenberg i. S. 150.—. Frankfurt a. M. 500.—. Gießen 30.—. Gotha 30.—. Hamburg, vom Sängerbund Hamburg-Altona und Umg. 500.—. Hastedt bei Bremen 10.—. Hamburg, 2. Wahlkreis 2000.—. Hartha 100.—. Hohenstein-Ernstthal 5.—. Hamburg, in der Expedition des Echo eingegangen 112.85. Hannover 1000.—. Jena 30.—. Königsberg i. Pr. 100.—. Leipzig 4.—. München, Waldläufer 5.—. Meerane 25.—. Nürnberg-Altdorf 20.—. Nürnberg, Marcel 2.—. Oberlangenbielau i. Schl. 100.—. Oelsnitz i. V. 50.—. Offenbach a. M. 700.—. Pirogen 1.90. Reichenbach i. Schl. 5.—. Rixdorf 1.—. Straßburg i. Els. 5.—. Stuttgart 16.—. Stettin 300.—. Solingen 45.—. St. Tönis 23.15. Billingen, zwei bußfertige Parteigenossen 2.—. Württemberg 100.— Mk.

Briefkasten der Redaktion.

A. K. in J. Derartige Sonderrechte einzelner Ansässiger kommen auch anderwärts vor. Lassen Sie sich aber vom Ortsvorsteher nachweisen, daß in Ihrem Orte die Benutzung des Weidenplanes ein anerkanntes Recht der Betreffenden ist.

Mühlberg. Es ist ein und dieselbe Broschüre. Der wahre Verfasser hat aus hier nicht zu erörternden Gründen seinen wahren Namen verschwiegen.

W. R. in Halle. Frage 1: Es bestehen keine Bestimmungen darüber, wie viel Mieter die Wohnung beschäftigen können. Frage 2: Wenn die Wohnung unbewohnbar ist wegen Wanzen usw., so können Sie, wenn Sie sich vorher nicht darnach erkundigt haben, nicht plötzlich ausziehen sondern nur die Anfechtungsklage beim Amtsgericht anstrengen.

M. B. in Querfurt. Nach § 55, Ziffer 4, bedürfen Sie eines Wandergewerbescheines. Sie müssen sich betreffs Ausstellung an das dortige Landratsamt wenden. Sie müssen aber 25 Jahre alt sein. Hindernisse können Ihnen bereitet werden, wenn Sie schon vorbestraft sind (§ 57, 57a und 57b der Gewerbeordnung).

H. W. 1. Der Reichstag kann beliebig viele Male hintereinander oder in längeren Zwischenräumen aufgelöst werden. 2. Optimisten sind Leute, welche alle Vorkommnisse von der günstigen Seite auffassen und beurteilen, während die Pessimisten bemüht sind, jede Sache von der ungünstigen Seite aus zu beurteilen.

E. G. in B. 1. Ach wo! Deshalb kann keine Auflösung erfolgen. Die Musik kann machen, wer will. Aber bestraft kann der Unternehmer werden wegen Ausübung eines nicht angemeldeten Gewerbes, da Bezahlung gefordert und geleistet wird. 2. Die Anmeldung des Gewerbes muß seitens des Leiters erfolgen. Das Gewerbe kostet keine Steuer, wenn es nicht jährlich 1500 M. einbringt. 3. Niemand kann Ihnen verbieten, die Marsailleise zu spielen.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, (Nord, Burgstraße 38), 12. April.

Eheschließungen: Kaufmann Menk und Emma Krostewitz (Breslau und Geiststraße 28). Schlosser Rudolph und Martha Kompart (Hordorferstraße 7 und Ackerstraße 7). Assistent Dr. phil. Leuckfeld und Josephine Weitrauch (Zehlendorf-Schlachtensee und Viktoriaplatz 1). Unteroffizier Klotz und Marie Mennicke (Dessauerstraße 70). Kernmacher Koderisch und Klara Krause (Zietenstraße 2 und Trotharstraße 17). Malermeister Meister und Helene Keil (Kirchhain und Händelstraße 31). Schneider Hermann und Marie Billert (Brandenburgerstr. 8 und Reilstraße 129).

Geboren: Arbeiter Müller S. (Große Wallstraße 10). Hofmeister Hartley T. (Stephanstraße 6). Arbeiter Müller T. (Tölauerstraße 28). Invaliden Fleischer Hammelmann T. (Reilstraße 30). Stadtmissionar Weisenbach S. (Weidenplan 5). Weißgerber Friedrich T. (Große Wallstraße 29). Vorbarbeiter Krebs Zw.-S. (Oppinerstraße 16).

Gestorben: Schmiedegeselle Christokat, 24 J. (Diakonissenhaus). Schneidermeisters Eichke Ehefrau, 29 J. (Moltkestraße 1).

Halle (Süd, Steinweg 2), den 14. April.

Aufgeboten: Assistent Stabenow und Margarete Selzer (Forsterstraße 50). Schlosser Ziegner und Martha Schönfeld (Brunoswarte 6 und Große Märkerstraße 17). Gürtler Henze und Helene Fiedler (Merseburgerstraße 51 und Thorstraße). Rittergutsbesitzer Mecheike und Marie Muecke (Mathenow und Halle). Bergmann Dymalski und Franziska Wiesjalla (Gelbra). Sattler Nitsche und Bertha Krone (Halle und Thekla).

Eheschließung: Sergeant Schwarzkopf und Anna Schlövogt (Merseburger Chaussee 10 und Merseburgerstraße 152).

Geboren: Schlosser Reitzer S. (Lindenstraße 56). Bergrat Siemens S. (Prinzenstraße 16). Bäckermeister Annecke T. (Steinweg 13). Arbeiter Bocke S. (Schlosserstraße 16). Schuhmachermeister Sennewald T. (Liebenauerstraße 168). Zimmermann Dreßler T. (Kapellengasse 7). Arbeiter Springer T. (Göllbergerweg 10). Tischler Laue T. (Alter Markt 16). Eisendreher Apel S. (Wörmlitzerstraße 95). Oberlehrer Dr. phil. Steinweg S. (Halberstädterstraße 1).

Gestorben: Witwe Leuschner, 70 J. (Halberstädterstraße 5). Witwe Pfennigsdorf, 68 J. (Klinik). Straßenkehrer Theuerkorn, 53 J. (Ladenbergstraße 3). Handelsmann Schröder, 59 J. (Unterplan 5). Ofensetzer Garn, 36 J. (Klinik). Arbeiters Hahn T., 3 J. (Klinik). Arbeiters Weber S., 1 Mon. (Hanfsack 4). Glasermeisters Harntsch Ehefr., 40 J. (Streiberstr. 38). Arbeiters Lützkendorf Ehefrau, 50 J. (Klinik). Bäckermeisters Hellwig T., totgeb. (Klinik). Tischler Gerdon, 30 J. (Bergmannstroft). Martha Baentsch, 43 J. (Thorstraße 2). Bäckermeisters Hellwig Ehefrau, 26 J. (Klinik).

Halle, (Nord, Burgstraße 38), 14. April.

Aufgeboten: Tapezierer Dienemann und Klara Spahrmann (Körnerstraße 2). Arbeiter Morawe und Minna Nebeling (Merseburg und Eichendorfstraße 16). Professor Dr. phil. Neumann und Johanna Kausch (Breslau und Wettinerstraße 31).

Eheschließungen: Feilenhauer Repert und Bertha Fischer (Große Wallstraße 3). Kaufmann Kindler und Marie Kiesig (Anhalterstraße 10 und Berlinerstraße 32). Kutscher Böhme und Emma Reitzich (Körnerstraße 51).

Geboren: Gärtner Schulze S. (Weinberg 2). Bremser Mückenheim T. (Adolfstraße 9). Bremser Bartmuß T. (Hardenbergstraße 2). Lokomotivführer Och S. (Dessauerstraße 14). Arbeiter Hädrich T. (Händelstraße 29). Stukkateur Fritsch T. (Petersbergstraße 2). Sergeant Krug T. (Dessauerstraße 70).

Gestorben: Gelbgießers Breitbarth S., 3 J. (Krötenerstraße 5). Witwe Heimann, 76 J. (Trotharstraße 64). Rentier Mulertt, 38 J. (Hermannstraße 4). Buchbinders Becker S., totgeb. (Eichendorfstraße 5).

Der Patriot.

Was ist, ihr Herrn, ein deutscher Patriot?
An alle Fakultäten diese Frage. —
„Ein Mann, der Sonntags dient dem lieben Gott
Und seinem König alle Werktage."

Was will, ihr Herrn, ein deutscher Patriot?
„Für sich ein Aemtchen, Titelchen und Bändchen,
Für seine — ehelichen Kinder Brot
Und legitime Fürsten für sein Ländchen."

Wie denkt, ihr Herrn, ein deutscher Patriot?
„Wenn's hoch kommt, wie die Allgemeine Zeitung;
Vom Franzmann spricht er nur mit Hohn und Spott
Und schwärmt für Preußens Gaslicht-Weltverbreitung."

Was kann, ihr Herrn, ein deutscher Patriot?
„Rezepte, Akten und Kompendien machen,
Laut klagen über seines Volkes Not
Und heimlich in sein sichres Fäustchen lachen."

Hinaus zum Tempel, deutscher Patriot,
Eh du dich ins Sanktissimum geheuchelt,
Und eh' dein Kuß, Judas Ischarioth,
Die Freiheit, den Messias, rücklings meuchelt.

Dingelstedt.

Sprechstunde der Redaktion nur mittags von ½12 bis ½1 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: A. Weißmann in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020416-11/fragment/page=0008